Landtag Brandenburg

7. Wahlperiode

Drucksache 7/7611

Gesetzentwurf

der Landesregierung

**Drittes Gesetz zur Qualitäts- und Teilhabverbesserung in der 7. Legislaturperiode
in der Kinder- und Jugendhilfe**

Eingegangen: 26.04.2023 / Ausgegeben: 27.04.2023

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Drittes Gesetz zur Qualitäts- und Teilhabeverbesserung in der 7. Legislaturperiode in der Kinder- und Jugendhilfe

A. Problem

Mit dem Zweiten Gesetz zur Qualitäts- und Teilhabeverbesserung in der 7. Legislaturperiode in der Kinder- und Jugendhilfe vom 17. Dezember 2021 (GVBl. I Nr. 42) hat das Land einen weiteren Schritt zur Verbesserung der Qualität in der Kindertagesbetreuung durch die Verbesserung der Personalbemessung im Kinderkrippenbereich von 1:5 auf 1:4,65 unternommen. Der Koalitionsvertrag von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sieht zwei weitere Schritte der Verbesserung der Personalbemessung im Kinderkrippenbereich vor, um bis 2025 eine Personalbemessung von 1:4 zu erreichen.

Außerdem sieht der Koalitionsvertrag weitere Schritte zur Beitragsbefreiung im Bereich der Kindertagesbetreuung vor. Eltern von Kindern im vorletzten Kita-Jahr vor der Einschulung sollen ab dem Kita-Jahr 2023/2024 keinen Elternbeitrag für die Inanspruchnahme von Betreuungsangeboten im Land Brandenburg mehr zahlen müssen. Ab dem 1. August 2024 sollen alle Eltern von Kindern im Kindergartenalter beitragsfrei sein.

Durch Änderungen des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII) (Einführung des § 45a SGB VIII) durch das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz vom 3. Juni 2021 (BGBl. I S. 1444) sind zudem Anpassungen des Landesrechts hinsichtlich des Einrichtungsbegriffs erforderlich. Mit der Einführung des § 45a SGB VIII wird erstmals der Begriff der „Einrichtung“ legaldefiniert. Mit der Definition fallen zukünftig familienähnliche Betreuungsformen, die nicht fachlich und organisatorisch in eine betriebserlaubnispflichtige Einrichtung eingebunden sind, aus der Betriebserlaubnispflicht des § 45 SGB VIII heraus. Damit ist der Schutz von Kindern und Jugendlichen, die in familienähnlichen Betreuungsformen bisher und künftig untergebracht sind, aufgrund des engeren Wortlauts des § 45a SGB VIII nicht mehr über die Erlaubnis sichergestellt.

Vor dem Hintergrund des Beschlusses des Obergerichtes Berlin-Brandenburg vom 25. August 2021 – 6 S 18/21 – unter Bezugnahme auf den Beschluss des VGH München vom 02. Februar 2017 – 12 CE 17.71 – sind für berufsregelnde Bestimmungen landesrechtliche Regelungen erforderlich, um die für eine Einschränkung der Berufsfreiheit erforderliche Rechtsnormqualität zu erhalten. Diese sind aber notwendig, um fachliche Mindestanforderungen an das Personal in den Einrichtungen der Hilfen zur Erziehung sicherzustellen. Die bisherigen Regelungen der Verwaltungsvorschrift zum Schutz von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen gemäß §§ 45 ff. SGB VIII für teilstationäre und stationäre Angebote der Hilfen zur Erziehung und der Eingliederungshilfen sowie für Wohnheime beziehungsweise Internate im Land Brandenburg vom 6. April 2017 (Abl. MBS S. 146) sind nicht ausreichend, um den von der Rechtsprechung aufgestellten Anforderungen gerecht zu werden.

Aufgrund des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs sind in den letzten Monaten wieder in größerer Zahl unbegleitete minderjährige Ausländerinnen und Ausländer (UmAs) nach Brandenburg gekommen. Teilweise sind sie mit Begleitpersonen eingereist, die keine Personensorgeberechtigung besitzen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich weitere „unerkannte“ UmAs im Land aufhalten. Hierdurch wird die Einhaltung der Fristen gemäß dem SGB VIII sehr problematisch.

Darüber hinaus sind auch im Land Brandenburg ganze Gruppen von Kindern und Jugendlichen mit personensorgeberechtigten Begleitpersonen aus der Ukraine (zum Beispiel evakuierte „Waisenhäuser“) angekommen, die im Sinne des SGB VIII Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe benötigen. Das SGB VIII enthält Lücken hinsichtlich der Aufnahme, Unterbringung und Kostenerstattung gegenüber den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe.

Die große Zahl vermisster UmAs, das heißt solcher, die sich der Inobhutnahme entzogen haben, wird in der Öffentlichkeit als problematisch angesehen. Bisher gibt es kein zentrales Register zur Erfassung der UmAs, sodass auch Doppel- und Mehrfacherfassungen möglich sind.

B. Lösung

Das Kindertagesstättengesetz (KitaG) ist zur Verbesserung der Qualität beziehungsweise zur Angleichung an das veränderte Bundesrecht anzupassen.

Die Personalbemessung wird im KitaG im Kinderkrippenbereich (unter 3-Jährige) auf 1:4 verbessert. Die Verbesserung wird in zwei weiteren Schritten vorgenommen werden: ab dem 1. August 2024 von 1:4,65 auf 1:4,25 und ab dem 1. August 2025 von 1:4,25 auf 1:4.

Außerdem werden die nächsten Schritte zur Beitragsbefreiung von Eltern, deren Kinder im vorletzten Kita-Jahr vor der Einschulung beziehungsweise im Kindergartenalter in einer Kita oder in Kindertagespflege betreut werden, im KitaG geregelt.

Das Erste Gesetz zur Ausführung des Achten Buches Sozialgesetzbuch - Kinder- und Jugendhilfe (AGKJHG) ist an die veränderten Regelungen des Bundesrechts anzupassen. Der in § 45a Satz 4 SGB VIII vorgesehene Landesrechtsvorbehalt ist zu nutzen, um die gewachsenen Strukturen in Brandenburg in diesem Bereich zu berücksichtigen und um den Schutz von Kindern und Jugendlichen, die in familienähnlichen Betreuungsformen bisher und künftig untergebracht sind, sicherzustellen.

Um auch weiterhin den Kinder- und Jugendschutz in den Einrichtungen sicherzustellen, sind gesetzliche Mindestanforderungen an das Personal in den Einrichtungen in das Landesrecht aufzunehmen.

Durch die Änderung des AGKJHG werden die Fristen zur Aufnahme und Gewährung von Jugendhilfeleistungen laut SGB VIII im Land Brandenburg künftig im Rahmen der landesrechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten entschärft. Die Aufnahme und Finanzierung von evakuierten Jugendhilfeeinrichtungen wird rechtlich abgesichert.

Es wird die rechtliche Möglichkeit geschaffen, ein zentrales UmA-Register unter Beachtung des zwingend umzusetzenden Datenschutzes einzuführen.

C. Rechtsfolgenabschätzung

I. Erforderlichkeit

Die Regelungen sind zur Umsetzung des veränderten Bundesrechts und zur Anpassung an die Rechtsprechung erforderlich. Die Änderung des Kindertagesstättengesetzes ist außerdem erforderlich, da das KitaG den Umfang des notwendigen pädagogischen Personals bestimmt und damit die Maßstäbe für die Finanzierung der Einrichtungen durch die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe legt. Die Personalausstattung der Kindertagesstätten ist eine bedeutende Grundlage für eine qualitätsvolle Gestaltung der frühkindlichen Bildung, Betreuung, Erziehung und Versorgung. Die verbindliche Verbesserung der Personalausstattung schafft die Voraussetzungen für die Verbesserung der Qualität der Kindertagesstätten.

II. Zweckmäßigkeit

Eine andere Umsetzung scheidet aus. Nur durch Gesetzes- und Verordnungsänderungen können die Vorhaben umgesetzt werden.

III. Auswirkungen auf Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung

Die Bürgerinnen und Bürger profitieren von einer verbesserten Personalausstattung in der Kindertagesbetreuung, denn damit werden die frühkindliche Bildung, Betreuung, Erziehung und Versorgung gestärkt und folglich eine Grundlage geschaffen, um die Bildungschancen der Kinder zu verbessern. Sie profitieren auch finanziell durch die Entlastung von den Elternbeiträgen.

Alle drei Schritte der Änderung der Personalbemessung im Kinderkrippenbereich führen ab 2026 voraussichtlich zu Mehrkosten in Höhe von insgesamt circa 102,5 Millionen Euro im Jahr, die das Land aufgrund der Konnexität zu tragen hat. Insgesamt werden circa 1 470 zusätzliche Stellen für pädagogisches Personal benötigt werden.

Der zweite und dritte Schritt der Änderung der Personalbemessung im Kinderkrippenbereich von 1:4,65 auf 1:4,0 führen ab 2026 voraussichtlich zu Mehrkosten in Höhe von insgesamt 71,6 Millionen Euro im Jahr, die das Land aufgrund der Konnexität zu tragen hat. Dafür werden mehr als 1 000 zusätzliche Stellen für das pädagogische Personal benötigt.

Der weitere Schritt der Beitragsbefreiung führt voraussichtlich zu Mehrkosten in Höhe von circa 17,2 Millionen Euro im Jahr 2023, die das Land zu tragen hat. Im Jahr 2024 werden die zusätzlichen Kosten bereits auf circa 39,6 Millionen Euro ansteigen, da der Befreiungsschritt frühestens zum 1. August 2023 in Kraft tritt und daher 2023 nur für 5 Monate eine höhere Zahlung des Landes zu erwarten ist.

Die Beitragsfreiheit für Kinder im Kindergartenalter im vorletzten Kita-Jahr vor der Einschulung sowie ab dem 1. August 2024 auch die übrigen Kinder im Kindergarten (ab vollendetem dritten Lebensjahr bis zum vorletzten Jahr vor der Einschulung) führt voraussichtlich zu Mehrkosten in Höhe von insgesamt circa

55,8 Millionen Euro im Jahr 2024, die das Land zu tragen hat. Im Jahr 2025 werden die zusätzlichen Kosten circa 66,1 Millionen Euro betragen, da der Befreiungsschritt, wenn er zum 1. August 2024 in Kraft tritt, im Jahr 2025 bereits für alle zwölf Monate zu Mehrkosten führt, allerdings mit einer reduzierten Pauschale.

Die Änderungen des AGKJHG werden zu keinen Mehrausgaben des Landes führen, da sie einerseits ermöglichen, die Verfahrensabläufe zu straffen, und andererseits die bisher schon bundesweit abgestimmte Praxis nur rechtlich aufgreifen und absichern. Bereits jetzt wurden die Fristen gemäß SGB VIII in den Ländern nicht bezüglich der Kostenerstattung berücksichtigt (zum Beispiel Punktion des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bis 31. August 2022).

D. Verfahrensbeteiligte im Sinne des Kapitels I Nummer 1 der Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung über die Unterrichtung des Landtages nach Artikel 94 der Verfassung des Landes Brandenburg

An dem Gesetzgebungsverfahren werden die kommunalen Spitzenverbände (Landkreistag sowie Städte- und Gemeindebund), der Landes-Kinder- und Jugendausschuss, der Landeskitaelternbeirat sowie die LIGA der freien Wohlfahrtspflege beteiligt. Außerdem wurde die Landesdatenschutzbeauftragte gemäß § 18 Absatz 5 Brandenburgisches Datenschutzgesetz beteiligt.

E. Zuständigkeiten

Zuständig ist das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport.

Gesetzentwurf für ein

Drittes Gesetz zur Qualitäts- und Teilhabeverbesserung in der 7. Legislaturperiode in der Kinder- und Jugendhilfe

Vom ...

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Kindertagesstättengesetzes

Das Kindertagesstättengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 2004 (GVBl. I S. 384), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 16. Dezember 2022 (GVBl. I Nr. 34 S. 6) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 16 Absatz 6 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 5 werden nach den Wörtern „sowie der“ die Wörter „bis zum 1. November an die oberste Landesjugendbehörde gemeldet“ eingefügt.
- b) Folgender Satz 8 wird angefügt:

„Liegen bis zum 1. November die für die Verteilung des Betrages nach Satz 5 erforderlichen Kinderzahlen nicht oder nicht vollständig vor, kann die oberste Landesjugendbehörde die Verteilung des Betrages auf Grundlage der durchschnittlichen Kinderzahlen der vergangenen zwei Jahre vornehmen.“

2. § 17a wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Für die Inanspruchnahme von Angeboten der Kindertagesbetreuung in Kindertagesstätten und Kindertagespflege darf kein Elternbeitrag für Kinder erhoben werden, die

1. sich im letzten Kita-Jahr vor der Einschulung befinden,
2. sich ab dem Kita-Jahr 2023/2024 im vorletzten Kita-Jahr vor der Einschulung befinden und
3. ab dem Kita-Jahr 2024/2025 das dritte Lebensjahr vollendet haben und noch nicht eingeschult wurden

(Elternbeitragsbefreiung).“

- bb) In Satz 3 werden die Wörter „gilt auch für Kinder im letzten Kita-Jahr vor der Einschulung“ durch die Wörter „nach Satz 1 gilt auch für Kinder“ ersetzt.

b) Absatz 1a wird zu Absatz 2 und wie folgt gefasst:

„(2) Nimmt ein Kind mit gewöhnlichem Aufenthalt im Land Brandenburg, dessen Personensorgeberechtigte nach Absatz 1 Satz 1 keinen Elternbeitrag im Land Brandenburg zahlen müssten, Kindertagesbetreuung außerhalb des Landes in Anspruch, erstattet der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe den Personensorgeberechtigten die nachgewiesene Zahlung von Elternbeiträgen bis zur Höhe der jeweiligen Pauschale nach § 17b Absatz 1.“

c) Der bisherige Absatz 2 wird zu Absatz 3 und wie folgt gefasst:

„(3) Die Elternbeitragsbefreiungen gemäß Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 gelten jeweils für ein Kita-Jahr. Sie sind für das Kind nach den planmäßigen Einschulungstichtagen gemäß dem Brandenburgischen Schulgesetz zu ermitteln. Die Elternbeitragsbefreiung gemäß Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 verlängert sich um die Zeit einer Zurückstellung von der Einschulung nach dem Brandenburgischen Schulgesetz. Liegt der Einschulungstermin nach Ende des Kita-Jahres und wird die Betreuung in der bisher besuchten Kindertagesstätte fortgesetzt, so gilt die Beitragsbefreiung bis zum Einschulungstermin fort. Die Elternbeitragsfreiheit gemäß Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 beginnt ab dem Monat, in dem das Kind das dritte Lebensjahr vollendet hat.“

d) Der bisherige Absatz 3 wird zu Absatz 4 und in Satz 1 Halbsatz 2 wird die Angabe „Absatz 2 Satz 4“ durch die Angabe „Absatz 3 Satz 3“ ersetzt.

3. § 17b wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird die Angabe „125“ durch die Angabe „105“ und der Punkt am Ende durch ein Semikolon und die Wörter „für Kinder im letzten Kita-Jahr vor der Einschulung beträgt der Pauschalbetrag 125 Euro.“ ersetzt.

bb) In Satz 2 werden die Wörter „2 Satz 1 bis“ gestrichen.

b) In Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „erstmals 2020“ durch die Angabe „2024“ ersetzt.

c) Absatz 4 Satz 3 wird durch folgende Sätze ersetzt:

„Im Jahr 2023 werden die Ausgleichsbeträge zur Erstattung der Einnahmeherausfälle aufgrund der Ausweitung der Beitragsfreiheit auf das vorletzte Kita-Jahr vor der Einschulung gemäß Absatz 1 und § 59 zum 1. November 2023 auf Basis der Daten zum Stichtag 1. September 2023 rückwirkend für die Zeit ab Beginn des Kita-Jahres 2023/2024 ausgereicht. Im Jahr 2024 werden die Ausgleichsbeträge zur Erstattung der Einnahmeherausfälle aufgrund der Ausweitung der Beitragsfreiheit für Kinder, die das dritte Lebensjahr vollendet haben und noch nicht eingeschult wurden, gemäß Absatz 1 und § 59 zum 1. November 2024 auf Basis der Daten zum Stichtag 1. September 2024 rückwirkend für die Zeit ab Beginn des Kita-Jahres 2024/2025 ausgereicht. Bereits nach den §§ 55 und 56 gewährte Pauschalzahlungen sind dabei zu verrechnen.“

- d) Absatz 5 Satz 3 wird aufgehoben.
4. § 17c wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 3 werden die Wörter „betreuten Kinder im Jahr vor der Einschulung im Zuständigkeitsbereich eines örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe abzüglich der Anzahl der Kinder nach § 17e und des“ durch die Wörter „gemäß § 17a Absatz 1 und 3 sowie § 17e beitragsfrei betreuten Kinder im Zuständigkeitsbereich eines örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe und des jeweiligen“ ersetzt.
 - bb) Satz 5 wird durch folgende Sätze ersetzt:

„In den Jahren 2023 und 2024 gilt hinsichtlich der Anzahl der Kinder im vorletzten Kita-Jahr vor der Einschulung der Stichtag 1. September 2023. In den Jahren 2024 und 2025 gilt hinsichtlich der Anzahl der Kinder vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum vorletzten Kita-Jahr vor der Einschulung der Stichtag 1. September 2024.“
 - b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden die Wörter „höhere Ausgleichsbeträge“ durch das Wort „Härtefallausgleichsbeträge“ ersetzt.
 - bb) In Satz 5 wird die Angabe „Absatz 1a“ durch die Angabe „Absatz 2“ ersetzt.
 - c) Dem Absatz 3 werden folgende Sätze angefügt:

„Für das Jahr 2023 erfolgt die Auszahlung der Ausgleichsbeträge an den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe nach Absatz 1 hinsichtlich der Kinder im vorletzten Kita-Jahr vor der Einschulung für fünf Monate bis zum 1. Dezember 2023. Die Ausgleichsbeträge nach Satz 5 sind um die Pauschalzahlungen nach § 61 Absatz 1 zu reduzieren, die der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe vom Land für den Zeitraum 1. August 2023 bis 31. Dezember 2023 für die Kinder erhalten hat, die nach § 50 beitragsfrei oder nach § 51 beitragsbegrenzt zum Stichtag 1. März 2023 betreut wurden und ab dem 1. August 2023 im vorletzten Kita-Jahr vor der Einschulung sind. Für das Jahr 2024 erfolgt die Auszahlung der Ausgleichsbeträge an den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe nach Absatz 1 hinsichtlich der Kinder vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum vorletzten Kita-Jahr für fünf Monate bis zum 1. Dezember 2024. Die Ausgleichsbeträge nach Satz 7 sind um die Pauschalzahlungen nach § 61 Absatz 1 zu reduzieren, die der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe vom Land für den Zeitraum 1. August 2024 bis 31. Dezember 2024 für die Kinder erhalten hat, die nach § 50 beitragsfrei oder nach § 51 beitragsbegrenzt betreut wurden und ab dem 1. August 2024 das dritte Lebensjahr vollendet haben und noch nicht eingeschult wurden. In den Jahren 2024 und 2025 sind bei der Auszahlung der Ausgleichsbeträge die vom Land nach § 61 Absatz 1 gewährten Pauschalzahlungen für die Kinder in Abzug zu bringen, die nach § 17a Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und 3 zum 1. August 2023 und zum 1. August 2024 jeweils beitragsfrei geworden sind.“

5. § 23 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Wörter „im Einvernehmen mit dem zuständigen Ausschuss des Landtages und“ werden gestrichen.
 - b) Nummer 11 wird wie folgt gefasst:

„11. die Meldung der belegten Plätze durch Kinder, deren Personensorgeberechtigte nach § 17a und § 50 beitragsfrei und nach § 51 beitragsbegrenzt sind, sowie die Anzahl der Kindertagesstätten, in denen diese Kinder betreut werden, als Grundlage der Bemessung der Ausgleichszahlungen gemäß den §§ 17b bis 17e sowie den §§ 55 bis 62,“
 - c) Nummer 12 wird aufgehoben.
 - d) Nummer 13 wird zu Nummer 12.
6. In § 50 Absatz 3 wird folgender Satz angefügt:

„Abweichend von § 17b Absatz 1 Satz 1 gleicht der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe für den Zeitraum vom 1. August 2023 bis zum 31. Dezember 2024 den Trägern der Kindertagesstätten die Einnahmeausfälle aufgrund der Beitragsbefreiung nach § 17a Absatz 1 Satz 1 in Höhe eines Pauschalbetrags von 125 Euro je Kind und Monat aus.“
7. In § 61 Absatz 3 Satz 5 wird die Angabe „Absatz 1a“ durch die Angabe „Absatz 2“ ersetzt.
8. Nach § 63 Satz 1 wird folgender Satz 2 eingefügt:

„Dabei sollen insbesondere die Pauschalen nach § 17b Absatz 1 Satz 1 und § 50 Absatz 3 Satz 2 im Hinblick auf die Angemessenheit ihrer Höhen bei den Kindertageseinrichtungen, die ausschließlich Kinder ab dem vollendeten dritten Lebensjahr bis zur Einschulung betreuen, im Jahr 2024 überprüft werden.“

Artikel 2

Weitere Änderung des Kindertagesstättengesetzes

Das Kindertagesstättengesetz, das zuletzt durch Artikel 1 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 10 Absatz 1 Satz 2 und 3 wird jeweils die Angabe „Abs.“ durch das Wort „Absatz“ sowie die Angabe „4,65“ durch die Angabe „4,25“ ersetzt.
2. In § 16 Absatz 2 Satz 2 wird die Angabe „89,4“ durch die Angabe „90,3“ ersetzt.
3. § 17a Absatz 4 wird aufgehoben.
4. § 65 wird wie folgt geändert:
 - a) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„(3) Abweichend von § 10 Absatz 1 Satz 2 und 3 kann der Einrichtungsträger die gemäß § 45 Absatz 2 Satz 2 Nummer 2 des Achten Buches Sozialgesetzbuch für den Betrieb der Einrichtung erforderlichen personellen Voraussetzungen auch dann erfüllen, wenn seine Kindertagesstätte über die notwendige Zahl geeigneter pädagogischer Fachkräfte gemäß § 10 Absatz 1 Satz 2 und 3 in der bis zum 31. Juli 2024 geltenden Fassung verfügt. Wird die Personalausstattung nach § 10 Absatz 1 Satz 2 und 3 im Jahresdurchschnitt in der überwiegenden Anzahl der Kindertagesstätten im Zuständigkeitsbereich eines örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe unterschritten und hat dies zur Begrenzung des Zuschusses nach § 16 Absatz 2 Satz 3 geführt, so hat der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe dies der obersten Landesjugendbehörde anzuzeigen. Nach der Anzeige gemäß Satz 2 hat das Land den Ausgleich nach § 16a Absatz 1 für das auf die Meldung folgende Kalenderjahr entsprechend anzupassen.“

b) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.

Artikel 3

Weitere Änderung des Kindertagesstättengesetzes

Das Kindertagesstättengesetz, das zuletzt durch Artikel 2 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 10 Absatz 1 Satz 2 und 3 wird jeweils die Angabe „4,25“ durch das Wort „vier“ ersetzt.
2. In § 16 Absatz 2 Satz 2 wird die Angabe „90,3“ durch die Angabe „90,9“ ersetzt.
3. § 17a Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Für die Inanspruchnahme von Angeboten der Kindertagesbetreuung in Kindertagesstätten und Kindertagespflege darf kein Elternbeitrag für Kinder erhoben werden, die das dritte Lebensjahr vollendet haben und noch nicht eingeschult wurden (Elternbeitragsbefreiung).“
4. § 17b Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Der Träger der Kindertagesstätte kann vom örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe einen Härtefallausgleich entsprechend § 59 in der bis zum 31. Dezember 2024 geltenden Fassung beanspruchen.“

Artikel 4

Änderung des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Achten Buches Sozialgesetzbuch - Kinder- und Jugendhilfe

Das Erste Gesetz zur Ausführung des Achten Buches Sozialgesetzbuch - Kinder- und Jugendhilfe in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Juni 1997 (GVBl. I

S. 87), das zuletzt durch Artikel 3 Absatz 1 des Gesetzes 16. Dezember 2022 (GVBl. I Nr. 33 S. 5) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

a) Nach der Angabe zu § 20 werden folgende Angaben eingefügt:

„§ 20a Familienähnliche Betreuungsform der Unterbringung

§ 20b Allgemeine personelle Voraussetzungen in Einrichtungen der Hilfe zur Erziehung, der Eingliederungshilfe, in Wohnheimen und Internaten

§ 20c Fachkräfte in Einrichtungen der Hilfe zur Erziehung, der Eingliederungshilfe, in Wohnheimen und Internaten

§ 20d Anrechnung weiterer Personen auf das geeignete pädagogische Personal sowie Beschäftigung zusätzlicher Personen in Einrichtungen der Hilfe zur Erziehung, der Eingliederungshilfe, in Wohnheimen und Internaten

§ 20e Leitungen in Einrichtungen der Hilfe zur Erziehung, der Eingliederungshilfe, in Wohnheimen und Internaten

§ 20f Grundrechtseinschränkungen“.

b) Die Angabe zu Abschnitt VIIa wird wie folgt gefasst:

„Abschnitt VIIa

Unbegleitete ausländische Kinder und Jugendliche und Aufnahme von Gruppen der Kinder- und Jugendhilfe aus anderen Staaten“.

c) Die Angaben zu den §§ 24c und 24f werden wie folgt gefasst:

„§ 24c Zuständigkeit und Fristen

§ 24f Einrichtung eines zentralen Registers“.

d) Nach der Angabe zu § 24j werden folgende Angaben eingefügt:

„§ 24k Aufnahme von Gruppen der Kinder- und Jugendhilfe aus anderen Staaten

§ 24l Grundrechtseinschränkungen“.

e) Die Angaben zu Abschnitt IX und zu den §§ 25a und 25b werden gestrichen.

2. In § 16b Satz 2 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

3. § 19 Absatz 1 Satz 2 wird aufgehoben.

4. Nach § 20 werden die folgenden §§ 20a bis 20f eingefügt:

„§ 20a

Familienähnliche Betreuungsform der Unterbringung

Eine familienähnliche Betreuungsform der Unterbringung, die nicht fachlich und organisatorisch in eine betriebserlaubnispflichtige Einrichtung eingebunden ist, ist auch dann Einrichtung im Sinne des § 45a des Achten Buches Sozialgesetzbuch, wenn sie unter Verantwortung eines Trägers steht, der

1. das Konzept,
2. die fachliche Steuerung der Hilfe,
3. die Qualitätssicherung,
4. die Auswahl, Überwachung, Weiterbildung und Vertretung des Personals sowie
5. die Außenvertretung gewährleistet.

Zur Wahrnehmung der Verantwortung eines Trägers ist auszuschließen, dass die mit der Betreuung betraute Person zugleich Träger oder Leitung der Einrichtung ist, mit dem Träger oder der Leitung in einer Lebensgemeinschaft lebt oder mit dem Träger oder der Leitung in gerader Linie verwandt oder verschwägert ist oder war.

§ 20b

Allgemeine personelle Voraussetzungen in Einrichtungen der Hilfe zur Erziehung, der Eingliederungshilfe, in Wohnheimen und Internaten

(1) Der Träger von Einrichtungen der Hilfe zur Erziehung, der Eingliederungshilfe und von Wohnheimen sowie Internaten im Sinne des § 45a des Achten Buches Sozialgesetzbuch hat persönlich und fachlich geeignetes Personal bereitzuhalten und die Teilnahme an Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen sowie Fachberatungen oder Supervision für das pädagogische Personal sicherzustellen. Die fachlichen Qualifikationen der Beschäftigten sind entsprechend der konzeptionellen Ausrichtung der Einrichtung angemessen zu berücksichtigen.

(2) Der Träger der Einrichtung sorgt durch Fortbildung dafür, dass die berufliche Eignung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufrechterhalten und weiterentwickelt wird.

(3) Personen, die rechtskräftig wegen einer in § 72a Absatz 1 Satz 1 des Achten Buches Sozialgesetzbuch genannten Straftat verurteilt worden sind, dürfen nicht beschäftigt werden. Gleiches gilt, wenn die rechtskräftige Verurteilung wegen einer anderen Straftat erwarten lässt, dass die Person für die Wahrnehmung der Funktion und Aufgabe persönlich nicht geeignet ist. Der Träger hat sich von allen in der Einrichtung, im Wohnheim und im Internat tätigen Personen

bei der Anstellung und im Weiteren alle fünf Jahre ein erweitertes Führungszeugnis nach § 30a Absatz 1 des Bundeszentralregistergesetzes vorlegen zu lassen.

§ 20c

Fachkräfte in Einrichtungen der Hilfe zur Erziehung, der Eingliederungshilfe, in Wohnheimen und Internaten

(1) Mit der Wahrnehmung betreuender und erzieherischer Aufgaben in Einrichtungen der Hilfe zur Erziehung, der Eingliederungshilfe und in Internaten im Sinne des § 45a des Achten Buches Sozialgesetzbuch sind geeignete pädagogische Fachkräfte zu betrauen.

(2) Geeignete pädagogische Fachkräfte für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen sind

1. staatlich anerkannte Erzieherinnen und Erzieher,
2. staatlich anerkannte Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen,
3. Psychologinnen und Psychologen sowie Heilpädagoginnen und Heilpädagogen,
4. Absolventinnen und Absolventen anderer erziehungs- und sozialwissenschaftlicher Hochschulstudiengänge mit dem Schwerpunkt Sozialpädagogik mit Diplom-, Magister-, Bachelor- oder Masterabschluss,
5. gemäß Erzieheranerkennungsverordnung für den Teilbereich Heim gleichgestellte Personen,
6. Personen, die nach dem Brandenburgischen Sozialberufsgesetz über gleichwertige Fähigkeiten für das Arbeitsfeld der stationären und teilstationären Hilfen zur Erziehung verfügen.

(3) Für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen mit Anspruch auf Eingliederungshilfe gelten die in Absatz 2 genannten Fachkräfte als geeignete pädagogische Fachkräfte, wenn sie über eine dem Einzelfall oder einem speziellen Angebot entsprechende Zusatzqualifikation verfügen. Darüber hinaus gelten Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen, Rehabilitationspädagoginnen und Rehabilitationspädagogen sowie Heilerziehungspflegerinnen und Heilerziehungspfleger als geeignete Fachkräfte. Im Einzelfall können auch Personen als geeignete Fachkraft gelten, die über Qualifikationen in der Integrations- oder Förderpädagogik verfügen.

§ 20d

Anrechnung weiterer Personen auf das geeignete pädagogische Personal sowie Beschäftigung zusätzlicher Personen in Einrichtungen der

Hilfe zur Erziehung, der Eingliederungshilfe, in Wohnheimen und Internaten

(1) Eine Anrechnung weiterer Personen auf das geeignete pädagogische Personal ist in Einzelfällen möglich, wenn sie durch Vorbildung, Praxiserfahrung und Fortbildung gleichartige und gleichwertige Qualifikationen erworben haben. Die Anrechnung nach Satz 1 kann mit der Vorlage von Nachweisen zur Fort- und Weiterbildung verbunden werden.

(2) Persönlich und gesundheitlich geeignete sowie fachlich vorbereitete Personen, die an einer tätigkeitsbegleitenden Qualifizierung zur Erlangung einer in § 20c Absatz 2 genannten Berufsqualifikation teilnehmen, können mit Beginn der Qualifizierung mit einem Anteil von 80 Prozent ihres praktischen Tätigkeitsumfangs als geeignetes pädagogisches Personal angerechnet werden.

(3) Persönlich und gesundheitlich geeignete sowie fachlich vorbereitete Personen, die über einen Berufsabschluss im sozialen Bereich verfügen, können mit einem Anteil von 70 Prozent ihres praktischen Tätigkeitsumfangs auf das geeignete pädagogische Personal von Beginn an angerechnet werden, wenn mit dem Träger der Einrichtung eine individuelle Bildungsplanung zur Erlangung gleichartiger und gleichwertiger Qualifikationen abgestimmt wurde.

(4) Voraussetzung für die Anrechnung weiterer Personen auf das geeignete pädagogische Personal nach den Absätzen 2 und 3 ist ein vom Träger der Einrichtung im Benehmen mit der betreffenden Person gestellter, entsprechend begründeter und von der obersten Landesjugendbehörde genehmigter Antrag. Die Genehmigung kann unter Auflagen und für einen begrenzten Zeitraum erteilt werden. Ihre Geltung kann über die antragstellende Einrichtung hinaus erstreckt werden. Der Anteil des nicht voll anzurechnenden Personals darf in der Regel 10 Prozent des gesamten pädagogischen Personals nicht überschreiten und die notwendige Anleitung durch geeignete pädagogische Fachkräfte muss stets gewährleistet sein.

§ 20e

Leitungen in Einrichtungen der Hilfe zur Erziehung, der Eingliederungshilfe, in Wohnheimen und Internaten

Für jede Einrichtung ist eine Leiterin oder ein Leiter zu benennen. Die Leiterin oder der Leiter muss eine nach § 20c Absatz 2 geeignete pädagogische Fachkraft sein, die die fachlichen Anforderungen, die mit der Übernahme von Leitungsaufgaben verbunden sind, erfüllt. Dazu gehören die fachliche Förderung, Anleitung und Aufsicht von Personal sowie die Koordinierung der Aufgabenwahrnehmung in der Einrichtung und gegebenenfalls die Sicherstellung der übertragenen Verwaltungsaufgaben sowie Kenntnisse der gesetzlichen Rahmenbedingungen des Achten, Neunten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch. Das erfordert in der Regel eine mindestens dreijährige Berufstätigkeit im Tätigkeitsfeld der Hilfen zur Erziehung oder der Eingliederungshilfe sowie Erfahrungen in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen verschiedener Altersstufen. Leiterinnen oder Leiter von Einrichtungen, die überwiegend Kinder und Jugendliche mit Behinderung aufnehmen, müssen zusätzlich über ausreichende berufliche Erfahrungen in der Betreuung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung verfügen.

Grundrechtseinschränkungen

Das Grundrecht auf Berufsfreiheit gemäß Artikel 49 Absatz 1 der Verfassung des Landes Brandenburg wird durch die §§ 20b bis 20e eingeschränkt.“

5. Die Überschrift von Abschnitt VIIa wird wie folgt gefasst:

„Abschnitt VIIa**Unbegleitete ausländische Kinder und Jugendliche und Aufnahme von Gruppen der Kinder- und Jugendhilfe aus anderen Staaten“.**

6. § 24c wird wie folgt geändert:

- a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„§ 24c**Zuständigkeit und Fristen“.**

- b) Der Wortlaut wird Absatz 1.

- c) Folgende Absätze 2 und 3 werden angefügt:

„(2) Die Frist zur Durchführung des Verteilungsverfahrens gemäß § 42b Absatz 4 Nummer 4 des Achten Buches Sozialgesetzbuch beginnt frühestens mit der positiven Feststellung der Minderjährigkeit durch den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Das Kind oder der Jugendliche kann wie bisher untergebracht bleiben, dann jedoch in Zuständigkeit des neuen, laut Zuweisungsentscheidung zuständigen örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe.

(3) Die Voraussetzung gemäß § 89d Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Achten Buches Sozialgesetzbuch findet ab dem 24. Februar 2022 für unbegleitete minderjährige Ausländerinnen und Ausländer im Land Brandenburg keine Anwendung.“

7. § 24f wird wie folgt gefasst:

„§ 24f**Einrichtung eines zentralen Registers**

(1) Bei der obersten Landesjugendbehörde kann ein zentrales Register der im Land aufgenommenen unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländer geführt werden, in dem für alle unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländer, die gemäß § 42a des Achten Buches Sozialgesetzbuch vorläufig im Land Brandenburg in Obhut genommen wurden oder durch eine Zuweisungsentscheidung nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch in Obhut eines örtlichen Trägers der öffentlich Jugendhilfe genommen wurden oder sich

in Obhut eines örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe befinden. Folgende Daten sind im Rahmen der Registrierung und Identitätsfeststellung von unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländern zu erfassen und entsprechend vorzuhalten:

1. Familienname und Vornamen,
2. frühere Namen,
3. Geburtsdatum, -ort und -staat,
4. Staatsangehörigkeit,
5. Familiennamen und Vornamen von Personensorgeberechtigten, einschließlich ihrer Anschriften im Herkunftsstaat,
6. gesprochene Muttersprache,
7. Datum der Aufnahme in die Zuständigkeit des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe,
8. bekannte Daten zu den in § 89d Absatz 1 Satz 2 des Achten Buches Sozialgesetzbuch genannten Zeitpunkten,
9. Aufenthaltsort nach Straße, Hausnummer, Postleitzahl und Ort,
10. Zeitpunkt, ab dem die Unterbringung in einer Einrichtung gemäß § 45 des Achten Buches Sozialgesetzbuch erfolgte.

Es sind die meldepflichtigen Daten von den zuständigen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe zu erfassen und unverzüglich in verschlüsselter elektronischer Form zu übermitteln.

(2) Die Daten gemäß Absatz 1 dürfen nur zum Zweck der Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch und diesem Gesetz verwendet werden. Sie dürfen für statistische Zwecke in anonymisierter Form ausgewertet und verwendet werden. Sie sind solange zu speichern, wie die Abrechnung der Kostenerstattung nach § 89d des Achten Buches Sozialgesetzbuch gegenüber dem zuständigen Träger der öffentlichen Jugendhilfe noch nicht abgeschlossen ist.

(3) Die zuständigen Träger der öffentlichen Jugendhilfe melden der obersten Landesjugendbehörde unverzüglich jede Veränderung der Daten gemäß Absatz 1. Sie ergänzen die Daten, soweit nachträglich ergänzende Informationen vorliegen. Entzieht sich ein Kind oder ein Jugendlicher der Inobhutnahme, ist dies zu melden und ergänzend zu vermerken. Wird in der obersten Landesjugendbehörde festgestellt, dass das Kind oder der Jugendliche bereits in Zuständigkeit eines anderen örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe erfasst ist, sind beide betroffenen öffentlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe unverzüglich zu informieren. Die örtliche Zuständigkeit des bisherigen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe geht vor.

(4) Die oberste Landesjugendbehörde kann den zuständigen Landesjugendbehörden anderer Bundesländer Auskunft erteilen, ob ein Kind oder Jugendlicher

im zentralen Register verzeichnet ist, soweit dies zur Erfüllung der Aufgaben der empfangenden Stelle erforderlich ist. Es gibt hierbei nur Auskunft über den zuletzt zuständigen örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Land Brandenburg. Eine Weitergabe weitergehender Daten ist unzulässig.“

8. Nach § 24j werden folgende §§ 24k und 24l eingefügt:

„§ 24k

Aufnahme von Gruppen der Kinder- und Jugendhilfe aus anderen Staaten

(1) Werden Gruppen von Kindern und Jugendlichen mit personensorgeberechtigten Begleitpersonen im Land Brandenburg nicht nur kurzzeitig aufgenommen, die in ihrem Herkunftsland als Angebote der Kinder- und Jugendhilfe für Hilfen zur Erziehung gelten, richtet sich die örtliche Zuständigkeit des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe nach dem tatsächlichen Aufenthaltsort der Gruppe. Die örtliche Zuständigkeit geht auf einen anderen örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe über, wenn die Gruppe in einen anderen Landkreis oder in eine andere kreisfreie Stadt im Land Brandenburg umzieht. Hinsichtlich einer Zuweisungsentscheidung und die Aufnahme finden § 24b Absatz 2 bis 5 und die §§ 24c bis 24h entsprechende Anwendung.

(2) Der zuständige örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe hat festzustellen, ob eine Personensorgeberechtigung der Begleitpersonen zugunsten der Kinder und Jugendlichen, die zur Gruppe gehören, besteht. Wechseln die Begleitpersonen, ist dies dem zuständigen örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe unverzüglich durch die bisherige oder durch die neue Begleitperson anzuzeigen. Der zuständige örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe prüft die Personensorgeberechtigung der neuen Begleitpersonen.

(3) Gruppen von Kindern und Jugendlichen im Sinne des Absatzes 1 Satz 1 sollen nicht getrennt untergebracht werden. Die Unterbringung kann außerhalb von erlaubnispflichtigen Einrichtungen gemäß § 45 des Achten Buches Sozialgesetzbuch erfolgen. Die für die Aufsicht gemäß § 45 des Achten Buches Sozialgesetzbuch nach diesem Gesetz zuständige Stelle unterstützt und begleitet die Unterbringung. Die Begleitpersonen sind verpflichtet, gegenüber der nach diesem Gesetz für die Aufsicht nach § 45 des Achten Buches Sozialgesetzbuch zuständigen Stelle unverzüglich Meldungen gemäß § 47 Absatz 1 des Achten Buches Sozialgesetzbuch abzugeben. Die §§ 8a und 47 Absatz 2 und 3 des Achten Buches Sozialgesetzbuch finden entsprechende Anwendung.

(4) Die Anzahl der aufgenommenen Kinder und Jugendlichen wird bei der Verteilung von unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländern auf die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Land Brandenburg gemäß § 24b Absatz 2 wie unbegleitete minderjährige Ausländerinnen und Ausländer angerechnet.

(5) Der überörtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe erstattet den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe die mit der Unterbringung von Gruppen gemäß Absatz 1 verbundenen Kosten, einschließlich der Begleitpersonen, soweit sie zur Jugendhilfeleistung des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe gehören und keine anderen Erstattungsansprüche vorrangig bestehen.

Hinsichtlich der Abrechnung findet das Verfahren zur Kostenerstattung für unbegleitete minderjährige Ausländerinnen und Ausländer entsprechende Anwendung.

(6) Das Land gewährt für die Mehrbelastungen der örtlichen Träger der Jugendhilfe einen Ausgleich nach der Verordnung gemäß § 24i Satz 2.

§ 24i

Grundrechtseinschränkungen

Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung gemäß Artikel 2 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes, das Grundrecht auf Datenschutz aus Artikel 11 Absatz 1 der Verfassung des Landes Brandenburg und das Grundrecht auf Berufsfreiheit gemäß Artikel 49 Absatz 1 der Verfassung des Landes Brandenburg werden durch die §§ 24c, 24f und 24k eingeschränkt.“

9. Der Abschnitt IX wird aufgehoben.

Artikel 5

Änderung der Kindertagesstätten-Betriebskosten- und Nachweisverordnung

Die Kindertagesstätten-Betriebskosten- und Nachweisverordnung vom 1. Juni 2004 (GVBl. II S. 450), die zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 16. Dezember 2022 (GVBl. I Nr. 34 S. 16) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 3 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 3 werden die Wörter „die Anzahl der Kinder im Jahr vor der Einschulung gemäß § 17a Absatz 2 des Kindertagesstättengesetzes“ durch die Wörter „gemäß der §§ 17a und 17e des Kindertagesstättengesetzes die Anzahl der nach diesen Vorschriften beitragsfrei betreuten Kinder ab dem vollendeten dritten Lebensjahr bis zum vorletzten Kita-Jahr vor der Einschulung, im vorletzten Kita-Jahr vor der Einschulung und im letzten Kita-Jahr vor der Einschulung“ ersetzt.
- b) Folgende Sätze werden angefügt:

„Bis zum 15. September 2023 ist außerdem die Anzahl der Kinder zu melden, die gemäß Satz 5 zu den Stichtagen 1. März 2023 und 1. Juni 2023 gemeldet wurden und zum 1. August 2023 nach § 17a Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und § 17e des Kindertagesstättengesetzes beitragsfrei geworden sind. Zum 15. September 2024 ist die Anzahl der Kinder zu melden, die gemäß Satz 5 zu den Stichtagen 1. September 2023, 1. Dezember 2023, 1. März 2024 und 1. Juni 2024 gemeldet wurden und zum 1. August 2024 nach § 17a Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 und § 17e des Kindertagesstättengesetzes beitragsfrei geworden sind.“

2. § 6 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 2 werden die Wörter „Kinder im letzten Kita-Jahr vor der Einschulung“ durch die Wörter „gemäß § 17a und § 17e des Kindertagesstättengesetzes beitragsfrei betreuten Kinder nach Jahrgängen“ ersetzt.
- bb) Folgende Sätze werden angefügt:
- „Zum 1. November 2023 ist außerdem die Anzahl der Kinder zu melden, die gemäß Satz 4 zu den Stichtagen 1. März 2023 und 1. Juni 2023 gemeldet wurden und zum 1. August 2023 nach § 17a Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und § 17e des Kindertagesstättengesetzes beitragsfrei geworden sind. Zum 1. November 2024 ist die Anzahl der Kinder zu melden, die gemäß Satz 4 zu den Stichtagen 1. September 2023, 1. Dezember 2023, 1. März 2024 und 1. Juni 2024 gemeldet wurden und zum 1. August 2024 nach § 17a Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 und § 17e des Kindertagesstättengesetzes beitragsfrei geworden sind.“
- b) In Absatz 2 Satz 2 werden die Wörter „im letzten Kita-Jahr vor der Einschulung“ durch die Wörter „gemäß § 17a Absatz 1 des Kindertagesstättengesetzes“ ersetzt.
- c) Folgender Absatz 6 wird angefügt:
- „(6) Kinder im vorletzten Kita-Jahr vor der Einschulung sind Kinder, die zwischen dem 1. Oktober des Folgejahres und dem 30. September des darauffolgenden Jahres das sechste Lebensjahr vollendet haben und für die am 1. August des letztgenannten Jahres die Schulpflicht beginnt.“

Artikel 6

Änderung der Kita-Personalverordnung

In § 2 Absatz 3, § 10 Absatz 7 Satz 1 und § 12a Absatz 1 der Kita-Personalverordnung vom 27. April 1993 (GVBl. II S. 212), die zuletzt durch die Verordnung vom 8. Juli 2022 (GVBl. II Nr. 44) geändert worden ist, wird jeweils die Angabe „2023“ durch die Angabe „2024“ ersetzt.

Artikel 7

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

- (1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich der Absätze 2 bis 4 am 1. August 2023 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Kita-Beitragsbefreiungsverordnung vom 16. August 2019 (GVBl. II Nr. 61) außer Kraft.
- (2) Artikel 4 tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (3) Artikel 2 tritt am 1. August 2024 in Kraft.

(4) Artikel 3 tritt am 1. August 2025 in Kraft.

Potsdam, den [Datum der Ausfertigung]

Die Präsidentin des Landtages Brandenburg

[Dr. Ulrike Liedtke]

Begründung

A. Allgemeiner Teil

Dieses Gesetz ist ein wichtiger weiterer Schritt zur Verbesserung der Qualität in der Kindertagesbetreuung.

Zur Umsetzung der Änderung des Achten Buches Sozialgesetzbuch durch das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz vom 3. Juni 2021 (BGBl. I S. 1444) werden Anpassungen bei den landesrechtlichen Inklusionsvorschriften vorgenommen und Klarstellungen zum Einrichtungsbegriff in das Landesrecht aufgenommen.

Durch die Erhöhung der Personalbemessung im Kinderkrippenbereich auf 1:4 bis 2025 verbessert sich die Qualität in den Kindertagesstätten. Mit dieser Verbesserung ist keine höhere finanzielle Belastung der Einrichtungsträger oder der Kommunen verbunden. Das Land erhöht damit seinen Finanzierungsanteil an der Kindertagesbetreuung und sorgt dafür, dass mehr Personal für die Betreuung der Kinderkrippenkinder einzusetzen ist. Dies ist ein notwendiger Schritt für die Verbesserung der Betreuungsqualität in den Einrichtungen.

Durch die Ausweitung der Beitragsfreiheit werden bis zum 1. August 2024 alle Eltern von Kindern im Kindergartenalter (ab dem 3. Lebensjahr) beitragsfrei gestellt. Dadurch werden Rechtsstreitigkeiten für Kindergartenbeiträge vermieden, sodass dadurch auch die Rechtssicherheit erhöht wird.

Auch die weiteren Änderungen werden zur Verbesserung der Qualität und zur höheren Rechtssicherheit im Land Brandenburg beitragen.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Änderung des Kindertagesstättengesetzes):

Zu Nummer 1:

Zu Buchstabe a:

Die Verteilung des Zuschusses nach § 16 Absatz 6 Satz 4 des Kindertagesstättengesetzes (KitaG) hängt aufgrund der Regelung des Satzes 5 von der Meldung bestimmter Kinderzahlen, insbesondere der mit niedrigem Sozialstatus ab. Wenn Meldungen erst verspätet eingehen, hat dies die Verschiebung der Zuschüsse unter den Landkreisen und kreisfreien Städten zur Folge. Um dies zu verhindern, stellt die Ergänzung die bisherige Verwaltungspraxis klar, wonach für die Zuschüsse des Folgejahres die Meldungen berücksichtigt werden, die in der Regel zum 1. November eines Jahres vorliegen.

Zu Buchstabe b:

Der neue Satz 8 stellt sicher, dass ein gerechter Verteilungsmechanismus des Zuschusses nach § 16 Absatz 6 Satz 4 KitaG auch dann möglich ist, wenn eine Meldung nicht oder nicht rechtzeitig erfolgt. In diesem Fall ist der Durchschnitt der Kinderzahlen der letzten zwei Jahre für die hälftige Verteilung dieses Zuschusses maßgeblich.

Zu Nummer 2:**Zu Buchstabe a:****Zu Doppelbuchstabe aa:**

Mit dieser Regelung wird die Beitragsfreiheit im vorletzten Kita-Jahr vor der Einschulung umgesetzt. Das gesetzliche Beitragserhebungsverbot wird damit um ein weiteres Jahr für Kinder im Kindergartenalter ausgedehnt. Dieser weitere Schritt der Beitragsbefreiung kostet das Land voraussichtlich etwa 17,2 Millionen Euro im Jahr 2023 (August bis Dezember). In den Jahren 2024, 2025 und 2026 werden die jährlichen zusätzlichen Kosten auf circa 39,6 Millionen Euro ansteigen.

Mit dieser Regelung wird außerdem die Beitragsfreiheit für alle Eltern von Kindern im Kindergartenalter bis zur Einschulung angelegt und umgesetzt. Dieser weitere Schritt der Beitragsbefreiung zum 1. August 2024 kostet das Land voraussichtlich etwa 16,2 Millionen Euro im Jahr 2024 (August bis Dezember). Ab dem Jahr 2025 werden die zusätzlichen Kosten jährlich circa 32,6 Millionen Euro betragen.

Zu Doppelbuchstabe bb:

Es handelt sich um eine Folgeänderung durch die Ausweitung der Beitragsfreiheit auf das vorletzte Kita-Jahr vor der Einschulung beziehungsweise auf alle Eltern von Kindern im Kindergartenalter.

Zu Buchstabe b:

Es handelt sich um eine Folgeänderung als Konsequenz der Ausweitung der Beitragsfreiheit auf das vorletzte Kita-Jahr vor der Einschulung beziehungsweise auf alle Eltern von Kindern im Kindergartenalter. Dadurch soll auch eine Erstattung gezahlter Elternbeiträge für Kinder im vorletzten Kita-Jahr vor der Einschulung beziehungsweise die ab dem 1. August 2024 das dritte Lebensjahr vollendet haben möglich sein, die außerhalb des Landes Brandenburg betreut werden. Für Kinder, die außerhalb des Landes Brandenburg betreut werden, kann kein höherer pauschaler Ausgleich bei den Eltern erfolgen, als bei einer Betreuung im Land Brandenburg. Daher wird auf den pauschalen Ausgleich des § 17b Absatz 1 verwiesen. Redaktionell wurde zudem aus Absatz 1a nunmehr Absatz 2. Die Absatznummerierung wird im Übrigen entsprechend angepasst.

Zu Buchstabe c:

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung durch die jeweiligen Ausweitungen der Beitragsbefreiungen. Der bisherige Regelungsgehalt der Vorschrift des § 17a Absatz 2 wird nicht verändert.

Zu Buchstabe d:

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung.

Zu Nummer 3:**Zu Buchstabe a:****Zu Doppelbuchstabe aa:**

Aufgrund der Ausweitung der Beitragsfreiheit auf das vorletzte Kita-Jahr vor der Einschulung ist die bereits bestehende Pauschalregelung zu überprüfen und anzupassen. Da die Pauschale nach § 17b Absatz 1 KitaG nicht dazu dient, den Einrichtungsträgern einen auskömmlichen Ausgleich für die Beitragsbefreiung bestimmter Eltern zu bieten, sondern dazu, den Verwaltungsaufwand aufgrund der Spitzabrechnung nach § 17b Absatz 2 KitaG zu mindern, ist auch eine Erhöhung oder Verringerung des Pauschalbetrages möglich. Dies kann insbesondere dann erforderlich sein, wenn neue Daten vorliegen, die die Pauschale als überhöht oder zu niedrig erscheinen lassen und sich dies auch in der Anzahl der Anträge nach § 17b Absatz 2 KitaG widerspiegelt.

Mit dem Einstieg in die Elternbeitragsfreiheit für das letzte Jahr vor der Einschulung wurde eine Pauschale in Höhe von 125 Euro je Kind und Monat festgelegt. Datengrundlage war zu dieser Zeit eine empirische Studie des Lehrstuhls Prof. Dr. Grohs (Universität Speyer), die neben Mittelwerten auch Perzentile ausgewiesen hat. Die Höhe der Pauschale wurde in der Annahme festgelegt, dass damit etwa 60 Prozent aller Einrichtungen einen auskömmlichen Betrag erhalten und somit keinen Antrag nach § 17b Absatz 2 KitaG stellen müssen.

Aus der Auswertung der Anträge nach § 17c Absatz 2 in Verbindung mit § 17b Absatz 2 KitaG zeigt sich jedoch, dass jeweils nur ein Anteil von etwa 16 bis 17 Prozent der Kitas in den Jahren seit Einführung der Elternbeitragsfreiheit einen Antrag auf erhöhte Erstattung gestellt haben, weil ihre nachgewiesenen mittleren Elternbeiträge über dem Pauschalbetrag von 125 Euro je Kind und Monat lagen. Das heißt für mehr als 80 Prozent der Einrichtungen ist die Pauschale auskömmlich oder stellt eine Überzahlung dar. Bei Betrachtung der Kinderzahlen (Fallzahlen) aus der Jahresmeldung 2021 ergibt sich ein ähnliches Bild: von etwa 27 000 Kindern im letzten Kita-Jahr vor der Einschulung waren nur etwa 4 450 Kinder in Einrichtungen, die einen Antrag nach § 17b Absatz 2 KitaG gestellt haben (circa 16 Prozent).

Für die in dieser Legislatur angedachte Kitarechtsreform ist eine umfassende Untersuchung der Finanzierung in der Kindertagesbetreuung vorgenommen worden. Das Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge e.V. (KOWID) hat auf Basis der im Rahmen der Studie „Finanzierung der Kindertagesbetreuung im Land Brandenburg“ (Stand: 17. September 2021) erhobenen Daten aus dem Jahr 2018 die durchschnittliche Höhe der Elternbeiträge, differenziert nach Altersgruppen, ermitteln können. Basierend auf der „Ergänzenden Darstellung zu den Elternbeiträgen“ vom August 2022 beträgt der durchschnittliche Elternbeitrag für Kinder im Kindergartenalter 114 Euro.

Da mit dieser Auswertung die ursprünglichen Annahmen zum arithmetischen Mittel der Elternbeiträge bestätigt werden und die Anzahl der Härtefallanträge stark hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind, erscheint eine Pauschale von 105 Euro angemessen.

Aufgrund der Vereinbarungen mit den kommunalen Spitzenverbänden wird davon abweichend für Kinder im letzten Kita-Jahr vor der Einschulung weiterhin eine Pauschale von 125 Euro vorgesehen.

Da die höheren Einnahmeausfälle der Einrichtungsträger nach § 17b Absatz 2 auf Antrag ausgeglichen werden, entstehen keine Finanzierungslücken. Der durch die Anträge nach § 17b Absatz 2 entstehende Verwaltungsaufwand bei den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe wird nach § 17d Satz 4 durch das Land ausgeglichen. Schätzungen zur Höhe dieser Kostenausgleiche sind in den bisherigen genannten Kostenprognosen enthalten.

Die Angemessenheit der Höhen der Pauschalen wird auf Grundlage der Ergänzung der Evaluationsklausel des § 63 KitaG überprüft.

Zu Doppelbuchstabe bb:

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung.

Zu Buchstabe b:

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung aufgrund des Zeitablaufs.

Zu Buchstabe c:

Es handelt sich um eine Folgeänderung als Konsequenz der Ausweitung der Beitragsfreiheit auf das vorletzte Kita-Jahr vor der Einschulung. Satz 3 regelte bislang eine Übergangsregelung, wonach die Einrichtungsträger auch im Jahr 2018 einen Ausgleich aufgrund der Einführung der Beitragsfreiheit im letzten Kita-Jahr vor der Einschulung erhalten hat. Diese Übergangsregelung wird mit dem neuen Satz 3 an die Ausweitung der Beitragsfreiheit auf das vorletzte Kita-Jahr vor der Einschulung angepasst. Da die Ausweitung der Beitragsfreiheit auf das vorletzte Kita-Jahr vor der Einschulung und die damit zusammenhängenden Änderungen der maßgeblichen Kinderzahlen gemäß der Kindertagesstätten-Betriebskosten- und Nachweisverordnung (KitaBKNV) erst zum 1. August 2023 wirksam werden, kann der entsprechende Ausgleich für diese Fallgruppe für das Jahr 2023 nur auf Grundlage der Stichtagsmeldung zum 1. September 2023 erfolgen.

Der neue Satz 4 regelt aufgrund der Ausweitung der Beitragsfreiheit für alle Kinder im Kindergartenalter eine weitere Übergangsregelung für das Jahr 2024. Da auch diese Ausweitung der Beitragsfreiheit und die damit zusammenhängenden Änderungen der maßgeblichen Kinderzahlen gemäß der KitaBKNV erst zum 1. August 2024 wirksam werden, kann der entsprechende Ausgleich für diese weitere Fallgruppe für das Jahr 2024 nur auf Grundlage der Stichtagsmeldung zum 1. September 2024 erfolgen.

Satz 5 stellt klar, dass bereits nach den §§ 55 und 56 KitaG gewährte Pauschalzahlungen zu verrechnen sind. Dadurch wird vermieden, dass für die gleichen Kinderzahlen sowohl Pauschalen nach § 17b Absatz 1 als auch nach § 56 Absatz 1 KitaG ausgereicht werden.

Zu Buchstabe d:

Die Aufhebung des Satzes 3 geht auf einen Hinweis aus dem Ministerium für Inneres und Kommunales zurück. Auch anonymisierte Daten können personenbezogen sein, sodass der Satz aufzuheben ist.

Zu Nummer 4:**Zu Buchstabe a:****Zu Doppelbuchstabe aa:**

Mit dieser Änderung werden die Regelungen zum Ausgleich der geleisteten Erstattungen der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe an die Einrichtungsträger nach § 17b sowie die Erstattung der Beitragsausfälle der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Zusammenhang mit der Kindertagespflege an die Ausweitung der Beitragsfreiheit für Kinder im vorletzten Kita-Jahr vor der Einschulung beziehungsweise für alle Kinder im Kindergartenalter zum 1. August 2024 angepasst.

Zu Doppelbuchstabe bb:

Es handelt sich um eine Folgeänderung als Konsequenz der Ausweitung der Beitragsfreiheit auf das vorletzte Kita-Jahr vor der Einschulung. Satz 5, der bislang den Übergangsstichtag für den Ausgleich 2018 klarstellte, ist an die Ausweitung der Beitragsfreiheit angepasst worden. Die Ausgleichszahlungen des Landes, die zum 1. Februar 2024 erfolgen, können hinsichtlich der neuen Fallgruppe (Kinder im vorletzten Kita-Jahr vor der Einschulung) nur auf die entsprechenden Kinderzahlen zum Stichtag 1. September 2023 gestützt werden, die mit der Jahresmeldung am 1. November 2023 an das Land gemeldet werden. Vor dem Stichtag 1. September 2023 sind die ab dem 1. August 2023 geltenden aktualisierten Meldepflichten nach der KitaBKNV hinsichtlich dieser Kinder noch nicht wirksam, sodass die meldenden örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe nicht über die entsprechenden Kinderzahlen zu jedem der in Satz 4 genannten Stichtage verfügen werden.

Beim neuen Satz 6 handelt sich um eine Folgeänderung durch die Ausweitung der Beitragsfreiheit auf alle Eltern von Kindern im Kindergartenalter zum 1. August 2024. Der neue Satz 6 ergänzt wie bereits Satz 5 eine Übergangsregelung wegen der weiteren Ausweitung der Beitragsfreiheit. Die Ausgleichszahlungen des Landes, die zum 1. Februar 2025 erfolgen, können hinsichtlich der neuen Fallgruppe (Kinder vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum vorletzten Kita-Jahr) nur auf die entsprechenden Kinderzahlen zum Stichtag 1. September 2024 gestützt werden, die mit der Jahresmeldung am 1. November 2024 an das Land gemeldet werden. Vor dem Stichtag 1. September 2024 sind die ab dem 1. August 2024 geltenden aktualisierten Meldepflichten nach der KitaBKNV hinsichtlich dieser Kinder noch nicht wirksam, sodass die meldenden örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe nicht über die entsprechenden Kinderzahlen zu jedem der in Satz 4 genannten Stichtage verfügen werden.

Zu Buchstabe b:**Zu Doppelbuchstabe aa:**

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeanpassung wegen der Ausweitung der elterneinkommensabhängigen Elternbeitragsfreiheit beziehungsweise Elternbeitragsbegrenzung durch das Brandenburg Paket. Es ist einheitlich von Härtefallausgleichsbeträgen zu sprechen.

Zu Doppelbuchstabe bb:

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung durch die Verschiebung von § 17a Absatz 1a zu Absatz 2.

Zu Buchstabe c:

Die neuen Regelungen in Absatz 3 stellen klar, dass auch in den Jahren 2023 und 2024 jeweils ein Ausgleichsanspruch für 5 Monate ab der jeweiligen Einführung der Ausweitung der Beitragsbefreiung besteht. Die Landkreise und kreisfreien Städte melden wie bei den bisherigen Einführungen der Beitragsfreiheiten zum 1. August die betroffenen Kinderzahlen zum Stichtag 1. September und erhalten bis zum 1. Dezember einen Ausgleich für 5 Monate. Bei den Ausgleichszahlungen des Landes für die Ausweitung der Beitragsfreiheit ist jedoch zu beachten, dass das Land teilweise für die gleichen Kinder bereits einen pauschalen Ausgleich nach § 61 Absatz 1 KitaG geleistet hat. So werden beispielsweise für Kindergartenkinder im Jahr 2023 Ausgleichszahlungen in Höhe von Pauschalen von 30 Euro oder 50 Euro je Kind und Monat für Kinder festgesetzt und geleistet, die bislang nach § 50 KitaG beitragsfrei oder beitragsbegrenzt zu betreuen waren und nunmehr zum 1. August 2023 im vorletzten Kita-Jahr vor der Einschulung beitragsfrei betreut werden. Die Regelungen sollen daher vermeiden, dass für die gleichen Kinder zweimal Pauschalzahlungen ausgereicht werden. Da die altersabhängige Beitragsfreiheit vorrangig ist, besteht nach Ausweitung der altersabhängigen Beitragsfreiheit ein Anspruch auf eine Pauschale von 125 Euro je Kind und Monat. Die bereits aufgrund des Elterneinkommens geleistete Pauschale ist mit dieser zu verrechnen.

Zu Nummer 5:**Zu Buchstabe a:**

Ein Zustimmungsvorbehalt zugunsten eines Landtagsausschusses wird vom Ministerium des Innern und für Kommunales als verfassungsrechtlich nicht unproblematisch eingeschätzt, da Landtagsausschüsse keine selbstständigen Rechtssetzungsorgane sind (vgl. Lieber in Lieber/Iwers/Ernst Verfassung des Landes Brandenburg PdK Kommentar Art. 80, Erl. 5.2 m. w. N.). Eine Verordnungsermächtigung dient in der Regel gerade dazu, dass die Landesregierung im Rahmen der vom Landtag beschlossenen gesetzlichen Anforderung das Nähere regeln kann, ohne im Detail eine Entscheidung des parlamentarischen Gesetzgebers herbeiführen zu müssen. Aus diesem Grund wird von einer gesetzlich zwingenden parlamentarischen Befassung bei Rechtsverordnungen künftig abgesehen. Eine freiwillige Beteiligung von Landtagsausschüssen bleibt davon unberührt.

Zu Buchstabe b:

Die Anpassung von § 23 Absatz 1 Nummer 11 stellt sicher, dass der Verordnungsgeber die Meldepflichten des Einrichtungsträgers in der entsprechenden Rechtsverordnung näher präzisieren kann, um die gesetzlichen Ausgleichspflichten erfüllen zu können.

Zu Buchstabe c:

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung. Da der Gesetzgeber die automatische Beitragsfreiheit von Sozialtransferleistungsempfängenden und Gering-

verdienenden im Gesetz selbst regelt, ist eine Ermächtigung für die Kita-Beitragsbefreiungsverordnung (KitaBBV) nicht mehr erforderlich. Die KitaBBV kann entfallen.

Zu Buchstabe d:

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung.

Zu Nummer 6:

Sowohl die Kommunalen Spitzenverbände als auch die LIGA der freien Wohlfahrtspflege haben sich für eine höhere Pauschale als 105 und 115 Euro ausgesprochen und mindestens eine einheitliche Pauschale von 125 Euro gefordert. Durch den neuen Satz 2 wird für den Zeitraum vom 1. August 2023 bis 31. Dezember 2024 eine einheitliche Pauschale von 125 Euro geregelt. Ab dem 1. Januar 2025 greift die Regelung des § 17b Absatz 1 Satz 1 KitaG, wonach als Ausgleich für die neuen Fallgruppen der elternbeitragsfrei betreuten Kinder eine Pauschale von 105 Euro vorgesehen ist. Die Angemessenheit der Höhen dieser Pauschalen soll im Rahmen der Evaluation nach § 63 KitaG überprüft werden. Aufgrund der Härtefallregelung entsteht kein finanzieller Nachteil für die Einrichtungsträger.

Zu Nummer 7:

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung durch die Verschiebung von § 17a Absatz 1a zu Absatz 2.

Zu Nummer 8:

Die Evaluationsklausel des § 63 KitaG wird durch den neuen Satz 2 präzisiert. Aufgrund der Härtefallregelung des § 59 KitaG können grundsätzlich nur dann Aussagen zur Auskömmlichkeit der Pauschalen nach § 17b Absatz 1 Satz 1 oder § 50 Absatz 3 Satz 2 KitaG getroffen werden, wenn gezielt Einrichtungen untersucht werden, die ausschließlich Kinder betreuen, deren Personensorgeberechtigte von der Elternbeitragsfreiheit nach § 17a Absatz 1 Satz 1 KitaG profitieren. Die Ergebnisse der Untersuchung sollen Grundlage für die Festlegung der Höhen der Pauschalen nach § 17b Absatz 3 KitaG bilden.

Zu Artikel 2 (Weitere Änderung des Kindertagesstättengesetzes):

Zu Nummer 1:

Aufgrund des Koalitionsvertrages der Regierungsparteien war die Personalbemessung für Kinder im Krippenalter in drei Schritten zu verbessern. Ab dem 1. August 2024 wird die Personalbemessung im zweiten Schritt für Kinder im Krippenalter von 1:4,65 auf 1:4,25 (beziehungsweise von 0,8:4,65 auf 0,8:4,25 im Mindestrechtsanspruch) verbessert. Dies führt zu Mehrkosten in Höhe von insgesamt circa 16,8 Millionen Euro im Jahr 2024 (August bis Dezember), die das Land trägt. Im Jahr 2025 werden die zusätzlichen Kosten auf circa 40,8 Millionen Euro ansteigen. Durch die Verbesserung werden ab dem 1. August 2024 circa 600 zusätzliche Stellen für pädagogisches Personal benötigt werden.

Zu Nummer 2:

Aufgrund der Änderung des § 10 KitaG ist auch die Änderung der Anteile der Personalkostenzuschüsse erforderlich. Den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe werden die Kosten des zusätzlich erforderlichen Personals gemäß § 16a Absatz 1 vollständig vom Land erstattet. Die Weiterleitung dieser Landesmittel an die Einrichtungsträger erfolgt durch die entsprechende Erhöhung des Personalkostenzuschusses des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe für die Betreuung der Kinder im Krippenalter.

Der erhöhte Zuschuss, der die Gesamtkosten für die Personalschlüsselverbesserung abdeckt, wird von derzeit 89,4 Prozent ab dem 1. August 2024 auf dann 90,3 Prozent der Kosten des notwendigen pädagogischen Personals für diese Altersgruppe gemäß § 10 Absatz 1 erhöht. Indem der vom Einrichtungsträger aufzubringende Personalkostenanteil von 10,6 Prozent (seit dem 1. August 2022) auf 9,7 Prozent sinkt, bleiben die bisherigen Eigenleistungen der Träger zur Finanzierung der Personalkosten trotz der Verbesserung der Personalausstattung unverändert ($10,6 \text{ Prozent} : 4,65 \times 4,25 = 9,7 \text{ Prozent}$ - Werte sind gerundet). Bei der Verbesserung der Personalbemessung von 1:4,65 auf 1:4,25 handelt es sich um eine Erhöhung der Personalkosten um 9,4 Prozent, die der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe zunächst vollständig übernimmt und das Land nach § 16a Absatz 1 erstattet. Vor dem zweiten Schritt der Verbesserung hatte der Einrichtungsträger 10,6 Prozent der Personalkosten zu tragen (100 Prozent - 89,4 Prozent Finanzierungsanteil des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe). 9,7 Prozent entsprechen dem Anteil von 10,6 Prozent an 109,4 Prozent der Personalkosten. Die restlichen 90,3 Prozent trägt der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe.

Damit wird die Einhaltung des Konnexitätsprinzips auch auf der Ebene der kreisangehörigen Gemeinden gesichert. Aus den dem Land vorliegenden Zahlen der in Kindertagesstätten belegten Plätze und dem rechnerischen Personalschlüssel nach § 10 vor und nach der Schlüsselverbesserung ergibt sich für 2024 ein Mehrbedarf von voraussichtlich etwa 16,8 Millionen Euro (für August bis Dezember) beziehungsweise für das Jahr 2025 ein Mehrbedarf von voraussichtlich 40,8 Millionen Euro gegenüber der Ausgangssituation nach der ersten Verbesserung der Personalbemessung in der Krippe zum 1. August 2022. Diese Mehrkosten werden - wie bei jeder Personalbemessungsverbesserung seit 2010 - nach § 16a Absatz 1 vollständig vom Land ausgeglichen.

Zu Nummer 3:

Es handelt sich um eine Folgeänderung durch die Ausweitung der Beitragsfreiheit auf alle Eltern von Kindern im Kindergartenalter zum 1. August 2024. Da für alle Kinder im Kindergartenalter kein Elternbeitrag mehr entrichtet werden muss, entfallen die Vorschriften für den Ersatz zunächst erhobener Elternbeiträge. Die vorzeitige Einschulung entfaltet keine beitragsrelevante Wirkung.

Zu Nummer 4:**Zu Buchstabe a:**

Alle Einrichtungsträger im Land Brandenburg sind grundsätzlich gehalten, die Personalbemessung des § 10 KitaG hinsichtlich des für jede Kindertagesstätte vorzuhaltenden notwendigen pädagogischen Personals einzuhalten. Die Verbesserung

der Personalbemessung ab dem 1. August 2024 ist grundsätzlich in den Kindertagesstätten umzusetzen. Für den Fall, dass eine Umsetzung aus nicht vom Einrichtungsträger zu vertretenden Gründen nicht zeitnah möglich sein sollte, stellt der neue Absatz 4 sicher, dass der Einrichtungsträger auch dann bedarfsgerechte Betreuungsplätze anbieten kann, wenn die bis zum 31. Juli 2024 geltende Personalbemessung des § 10 KitaG eingehalten wird. Einrichtungsträger, die die Verbesserung der Personalbemessung nicht umsetzen können, müssen jedoch damit rechnen, dass der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe gemäß § 16 Absatz 2 Satz 3 KitaG den Personalkostenzuschuss höchstens für die Anzahl des tatsächlich beschäftigten pädagogischen Personals gewähren wird. Kommt es in der überwiegenden Anzahl der Kitas dazu, dass die Verbesserung der Personalbemessung zum 1. August 2024 nicht umgesetzt werden kann, ist der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe verpflichtet, diesen Umstand dem Land mitzuteilen, damit dieses eine Anpassung des Zuschusses nach § 16a Absatz 1 KitaG prüfen kann. Nach den Grundsätzen der Konnexität kann kein Ausgleich für Kosten im Zusammenhang mit der Verbesserung der Personalbemessung verlangt werden, die dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe wegen der Regelung des § 16 Absatz 2 Satz 3 KitaG regelhaft nicht entstehen. Davon kann erst dann ausgegangen werden, wenn bei der überwiegenden Anzahl der Kitas im Zuständigkeitsbereich des öffentlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe die Regelung des § 16 Absatz 2 Satz 3 KitaG im Zusammenhang mit der Verbesserung der Personalbemessung Anwendung findet. Vereinzelt Fälle sind dem Land nicht zu melden.

Zu Buchstabe b:

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung durch das Einfügen des neuen Absatz 3.

Zu Artikel 3 (Weitere Änderung des Kindertagesstättengesetzes):

Zu Nummer 1:

Aufgrund des Koalitionsvertrages der Regierungsparteien war die Personalbemessung für Kinder im Krippenalter in drei Schritten zu verbessern. Ab dem 1. August 2025 wird die Personalbemessung im dritten Schritt für Kinder im Krippenalter von 1:4,25 auf 1:4 (beziehungsweise von 0,8:4,25 auf 0,8:4 im Mindestrechtsanspruch) verbessert. Dieser Schritt führt zu Merkosten in Höhe von 12,4 Millionen Euro in 2025 (August bis Dezember), die das Land trägt. Im Jahr 2026 werden die zusätzlichen Kosten auf circa 30,1 Millionen Euro ansteigen. Durch die Verbesserung werden ab dem 1. August 2025 voraussichtlich circa 440 zusätzliche Stellen für pädagogisches Personal benötigt werden.

Zu Nummer 2:

Aufgrund der Änderung des § 10 KitaG ist auch die Änderung der Anteile der Personalkostenzuschüsse erforderlich. Den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe werden die Kosten des zusätzlich erforderlichen Personals gemäß § 16a Absatz 1 vollständig vom Land erstattet. Die Weiterleitung dieser Landesmittel an die Einrichtungsträger erfolgt durch die entsprechende Erhöhung des Personalkostenzuschusses des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe für die Betreuung der Kinder im Krippenalter.

Der erhöhte Zuschuss, der die Gesamtkosten für die Personalschlüsselverbesserung abdeckt, wird ab dem 1. August 2024 90,3 Prozent und ab dem 1. August 2025

dann 90,9 Prozent der Kosten des notwendigen pädagogischen Personals für diese Altersgruppe gemäß § 10 Absatz 1 betragen. Indem der vom Einrichtungsträger aufzubringende Personalkostenanteil von 9,7 Prozent (ab dem 1. August 2024) auf 9,1 Prozent sinkt, bleiben die bisherigen Eigenleistungen der Träger zur Finanzierung der Personalkosten trotz der Verbesserung der Personalausstattung unverändert (9,7 Prozent : 4,25 x 4 = 9,1 Prozent - Werte sind gerundet). Bei der Verbesserung der Personalbemessung von 1:4,25 auf 1:4 handelt es sich um eine Erhöhung der Personalkosten um 6,25 Prozent, die der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe zunächst vollständig übernimmt und das Land nach § 16a Absatz 1 erstattet. Vor dem dritten Schritt der Verbesserung hatte der Einrichtungsträger 9,7 Prozent der Personalkosten zu tragen (100 Prozent – 90,3 Prozent Finanzierungsanteil des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe). 9,1 Prozent entsprechen dem Anteil von 9,7 Prozent an 106,25 Prozent der Personalkosten. Die restlichen 90,9 Prozent trägt der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe.

Damit wird die Einhaltung des Konnexitätsprinzips auch auf der Ebene der kreisangehörigen Gemeinden gesichert. Aus den dem Land vorliegenden Zahlen der in Kindertagesstätten belegten Plätze und dem rechnerischen Personalschlüssel nach § 10 vor und nach der Schlüsselverbesserung ergibt sich ein Mehrbedarf in 2025 von voraussichtlich etwa 12,4 Millionen Euro (August bis Dezember) beziehungsweise 30,1 Millionen Euro für das Jahr 2026 gegenüber der Ausgangssituation nach der zweiten Verbesserung der Personalbemessung in der Krippe zum 1. August 2024. Diese Mehrkosten werden - wie bei jeder Personalbemessungsverbesserung seit 2013 - nach § 16a Absatz 1 vollständig vom Land ausgeglichen.

Zu Nummer 3:

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung. Da ab dem Kita-Jahr 2024/2025 alle Kinder ab dem dritten Lebensjahr bis zur Einschulung beitragsfrei sind, muss der Wortlaut des § 17a Absatz 1 Satz 1, der ausschließlich den Befreiungstatbestand regelt, nicht mehr zwischen den Jahrgängen differenzieren. Eine Unterscheidung der beitragsfreien Jahrgänge ist demgegenüber weiterhin bei den Ausgleichsvorschriften notwendig.

Zu Nummer 4:

Es handelt sich um eine Folgeänderung durch die Ausweitung der elterneinkommensabhängigen Elternbeitragsfreiheit beziehungsweise Elternbeitragsbegrenzung durch das Brandenburg Paket. Da es nur einen einheitlichen Härtefallausgleich geben kann, wird auf die Vorschrift des § 59 verwiesen. Diese Vorschrift gilt entsprechend über den neuen § 17b Absatz 2 auch dann weiter, wenn sie nach Ablauf des 31. Dezember 2024 nicht mehr direkt Wirkung entfaltet.

Zu Artikel 4 (Änderung des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Achten Buches Sozialgesetzbuch - Kinder- und Jugendhilfe):

Zu Nummer 1:

Zu Buchstabe a:

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung durch die Einführung der §§ 20a bis 20f.

Zu Buchstabe b:

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung durch die Einführung des § 24k.

Zu Buchstabe c:

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung durch die Änderung der §§ 24c und 24f.

Zu Buchstabe d:

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung durch die Einführung des § 24k.

Zu Buchstabe e:

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung durch die Aufhebung der §§ 25a und 25b.

Zu Nummer 2:

Die Ergänzung dient dem Abbau von Schriftformerfordernissen. Eine elektronische Aufforderung genügt, um den Nachweispflichten des Arbeitgebers nachzukommen.

Zu Nummer 3:

Die Aufhebung von Satz 2 dient dem Abbau von Schriftformerfordernissen. Die Erteilung der Erlaubnis richtet sich nach dem gewöhnlichen Verwaltungsverfahren.

Zu Nummer 4:

Die vorgelegte Änderung des Brandenburgischen Gesetzes zur Ausführung des Achten Buches Sozialgesetzbuch - Kinder und Jugendhilfe (AGKJHG) erfolgt vor dem Hintergrund der Novellierung des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII) durch Artikel 1 des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes, die am 10. Juni 2021 in Kraft getreten ist.

Die nach dem Bundesgesetz geänderten Regelungen machen unter anderem eine landesrechtliche Konkretisierung im Kontext des neu eingeführten Einrichtungsbegriffs erforderlich. Mit der Einführung des § 45a SGB VIII wird erstmals der Begriff der „Einrichtung“ legaldefiniert. Mit der Definition fallen zukünftig familienähnliche Betreuungsformen, die nicht fachlich und organisatorisch in eine betriebserlaubnispflichtige Einrichtung eingebunden sind, aus der Betriebserlaubnispflicht des § 45 SGB VIII. Nach § 45a Satz 4 SGB VIII kann der Landesgesetzgeber regeln, unter welchen Voraussetzungen auch familienähnliche Betreuungsformen darüber hinaus betriebserlaubnispflichtige Einrichtungen sind, um die gewachsenen Strukturen und regionalen Unterschiede in den Ländern in diesem Bereich zu berücksichtigen.

Um den Schutz von Kindern und Jugendlichen, die in staatlicher Verantwortung in Brandenburg bereits heute und zukünftig betreut werden, sicherzustellen, ist eine landesrechtliche Regelung zu familienähnlichen Betreuungsformen erforderlich. Mit Blick auf die brandenburgischen Erziehungsstellen wird deshalb mit der landesrechtlichen Regelung unter dem Aspekt der Schutzgewährleistung nunmehr verhin-

dert, dass durch die neue bundesgesetzliche Lage für diese keine Betriebserlaubnispflicht mehr besteht und sie damit den Kontrollmöglichkeiten durch die betriebs-erlaubniserteilende Behörde entzogen wären.

In Abgrenzung zur Vollzeitpflege ist sicherzustellen, dass diese Betreuungsformen weiterhin unter den Einrichtungsbegriff und damit unter die Betriebserlaubnisbedürftigkeit fallen. Vor dem Hintergrund werden in diesem Zusammenhang die örtlichen Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe entlastet.

Darüber hinaus berücksichtigt diese Erweiterung des Einrichtungsbegriffs die Einschränkung der Organisationsfreiheit und die damit verbundene Auswirkung auf die Berufsfreiheit auf Seiten des Trägers der freien Jugendhilfe.

Auch sonstige betreute Wohnformen nach § 48a SGB VIII sind über den Verweis in § 48a Absatz 1 SGB VIII auf § 45a SGB VIII von der Bestimmung in § 45a SGB VIII umfasst. Infolgedessen bezieht sich § 20a AGKJHG-E ebenfalls auf sonstige betreute Wohnformen nach § 48a SGB VIII.

Die Einschränkungen bezogen auf den Ausschluss in Satz 2 verletzen nicht die Berufsfreiheit (Artikel 49 der Verfassung des Landes Brandenburg und Artikel 12 des Grundgesetzes). Die familienähnlichen Betreuungsformen der Unterbringung sind nach § 45a SGB VIII grundsätzlich von einer Betriebserlaubnispflicht ausgenommen, es sei denn, sie sind fachlich und organisatorisch in eine betriebserlaubnispflichtige Einrichtung eingebunden. Ist dies nicht der Fall, wird bereits durch § 45a SGB VIII in die Berufsfreiheit eingegriffen. Die Wahrnehmung des Landesrechtsvorbehalts aus § 45a Satz 4 SGB VIII im AG KJHG beschränkt somit die Berufsfreiheit nicht, sondern erweitert diese. Es werden lediglich neue Konkretisierungen normiert, in welchen Konstellationen noch der Einrichtungskontext vorliegt und noch keine Familienpflege zwangsläufig gegeben ist. Dabei wird der besondere Charakter einer Einrichtung berücksichtigt, der die Verantwortung des Trägers und eine hierarchische und rechtliche Struktur verdeutlicht. In Anlehnung an Befangenheitsregelungen werden die Personen in Lebensgemeinschaft und bei Verwandtschaftsverhältnis in grader Linie ausgenommen. Vor dem Hintergrund des hohen Schutzguts des Kindeswohls ist die Umsetzung der Trägerverantwortung dahingehend sicherzustellen und keinen „bösen Schein“ zu ermöglichen, dass dieser Verantwortung nicht nachgekommen wird.

Zudem wird die Ausübung des Berufs in Form der Familienpflege nach § 44 beziehungsweise den §§ 27, 33 sowie § 35a Absatz 2 Nummer 3 SGB VIII weiterhin ermöglicht.

Im Zusammenhang mit der Sicherstellung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen durch entsprechende Fachkräfte, die in staatlicher Verantwortung untergebracht und betreut werden, ist zudem von dem Landesrechtsvorbehalt in § 49 SGB VIII Gebrauch zu machen.

Nach § 45 Absatz 3 Nummer 2 SGB VIII hat der Träger der Einrichtung mit dem Antrag auf Erteilung einer Betriebserlaubnis im Hinblick auf die Eignung des Personals nachzuweisen beziehungsweise sicherzustellen, dass die Vorlage und Prüfung von aufgabenspezifischen Ausbildungsnachweisen sowie von Führungszeugnissen nach § 30 Absatz 5 und § 30a Absatz 1 des Bundeszentralregistergesetzes erfolgt sind. In diesem Zusammenhang sind in Brandenburg bereits durch die Verwaltungsvorschrift zum Schutz von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen gemäß §§ 45

ff. SGB VIII für teilstationäre Angebote der Hilfen zur Erziehung und der Eingliederungshilfen sowie für Wohnheime beziehungsweise Internate im Land Brandenburg vom 6. April 2017 (VV-SchuKJE) Mindeststandards für die Qualifikation des pädagogischen Personals festgehalten worden. Um der mit der Konkretisierung unter 2.4 der VV-SchuKJE einhergehenden berufsregelnder Bestimmung die erforderliche Rechtsnormqualität zu verleihen, ist eine landesrechtliche Regelung erforderlich, wie im Beschluss des OVG Berlin-Brandenburg (Beschluss vom 25. August 2021 - 6 S 18/2 1) unter Bezugnahme des Beschlusses des VGH München, Beschluss v. 02.02.2017 – 12 CE 17.71 herausgearbeitet wurde.

Die Regelung ist auch verfassungskonform, insbesondere widersprechen die Regelungen nicht der Berufsfreiheit (Artikel 49 der Verfassung des Landes Brandenburg und Artikel 12 des Grundgesetzes). Die Ausführungen schließen eine Lücke in § 45 SGB VIII beziehungsweise konkretisieren die personellen Voraussetzungen ohne dem Sinn und Zweck der weit formulierten Regelung zu widersprechen. Vielmehr unterstreicht die Konkretisierung den Sinn und Zweck von § 45 SGB VIII. Durch die landesrechtlichen Regelungen wird die Eignung des Personals und der vorgegebene Nachweis der aufgabenspezifischen Ausbildung deutlich gemacht und schafft Rechtsklarheit.

Dem grundrechtlichen Zitiergebot gemäß Artikel 5 Absatz 2 Satz 3 der Verfassung des Landes Brandenburg entsprechend wird auf die Einschränkung der Berufsfreiheit durch die Regelungen hingewiesen (siehe hierzu auch Beschl. v. 19.10.2012, VfGBbg 31/11, juris Rn. 41 ff.).

Die neuen Regelungen enthalten keine neuen Aufgaben für die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe oder das Land.

Zu Nummer 5:

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Einführung des § 24k.

Zu Nummer 6:

Zu Buchstabe a:

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung aufgrund der neuen Absätze 2 und 3.

Zu Buchstabe b:

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung aufgrund der neuen Absätze 2 und 3.

Zu Buchstabe c:

Absatz 2 konkretisiert und ergänzt die Regelung des § 42b Absatz 2 Nummer 4 SGB VIII, wonach eine Umverteilung einer in Obhut genommenen minderjährigen Ausländerin oder eines in Obhut genommenen minderjährigen Ausländers dann ausgeschlossen ist, wenn das Verteilungsverfahren nicht innerhalb von einem Monat nach Beginn der vorläufigen Inobhutnahme erfolgt.

Zunächst greift Satz 1 auf, dass das Bundesverwaltungsgericht entschieden hat (BVerwG 26.4.2018 – 5 C 11/17), dass die vorläufige Inobhutnahme nicht allein als Fristbeginn ausreicht, sondern der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe festgestellt haben muss, dass es sich tatsächlich um eine minderjährige Person handelt. Damit hat das Bundesverwaltungsgericht entschieden, dass dies der entscheidende Zeitpunkt ist, ab dem die Frist zu laufen beginnt. Die Aufnahme dieser Entscheidung ins Gesetz dient dazu, den Jugendämtern zu vermitteln, ab wann die Frist tatsächlich zu laufen beginnt. § 42b Absatz 4 SGB VIII ist daher stets mit dieser Ergänzung zu lesen (so auch Steinbüchel in Wiesner/Wapler, SGB VIII, 2022, § 42b Rn. 10).

Verzögerungen bei der Durchführung des Verteilungsverfahrens können nicht zulasten der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe gehen, die den Jugendlichen zur Verteilung anmelden. Der Wortlaut des § 42b Absatz 2 Nummer 4 fordert nicht, dass die Durchführung abgeschlossen sein muss. Andernfalls hätten Rechtsmittel gegen Zuweisungsentscheidungen – gleichgültig wie begründet sie sind – immer die Wirkung, dass eine Umverteilung wegen Ablaufs der Frist nach § 42b Absatz 2 Nummer 4 SGB VIII ausgeschlossen ist.

Schließlich stellt Satz 2 klar, dass die Durchführung des Verteilungsverfahrens nicht zwingend einen „Umzug“ des Kindes oder des Jugendlichen zur Folge haben muss. Das Kind oder der Jugendliche können auch dort verbleiben, wo sie bisher untergebracht waren, dann aber in Zuständigkeit des neuen örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe. Die Zuweisungsentscheidung hat insofern nur die Bedeutung, dass die örtliche Zuständigkeit von einem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe auf einen anderen örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe übergeht. Es widerspräche der Gewährleistung des Kindeswohls, wenn immer und zwingend ein Umzug des betroffenen Kindes und Jugendlichen damit verbunden sein muss.

Absatz 3 soll zu einer rechtssicheren Anwendung des § 89d SGB VIII beitragen. Es hat sich gezeigt, dass die Frist gemäß § 89d Absatz 1 Nummer 1 SGB VIII in der Praxis bei einer stark ansteigenden Zahl von unbegleiteten minderjährigen Kindern und Jugendlichen, die nach Deutschland kommen, nicht gehalten werden kann. Es ist keineswegs zu gewährleisten, dass alle Minderjährigen überhaupt binnen der Monatsfrist als unbegleitet erkannt werden. Zudem kann sich die Gewährung von Kinder- und Jugendhilfeleistungen verzögern, wenn zum Beispiel eine Altersfeststellung erforderlich ist.

Um Fehlentwicklungen zu vermeiden und die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe bei der Aufnahme der unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländer zu unterstützen, haben sich die obersten Landesjugendbehörden mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Jugend und Frauen bereits frühzeitig nach dem Beginn des Krieges in der Ukraine darauf verständigt, die Einhaltung der Frist gemäß § 89b Absatz 1 Nummer 1 SGB VIII großzügig im Hinblick auf § 89b Absatz 1 Satz 2 SGB VIII auszulegen. Mit Absatz 3 wird nun für das Land Brandenburg eine rechtssichere Regelung vorgesehen. Es ist dem Land nicht verwehrt, eine Landesregelung zu treffen.

Zu Nummer 7:

Mit der Regelung wird ermöglicht, dass es ein zentrales Register geben kann und welche Daten dann zu erfassen sind. Es sind nur solche Daten zu erfassen, die dem zuständigen Jugendamt vorliegen.

Das zentrale Register soll auch dazu dienen, doppelte Erfassungen im Land Brandenburg zu vermeiden und die Unterbringung der Kinder und Jugendlichen in geeigneten Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe befördern.

Die Etablierung und Pflege eines zentralen Registers muss verhältnismäßig sein. Bei der Beurteilung der Angemessenheit wird auch der Aufwand und die Anzahl der UmAs eine Rolle spielen.

Zu Nummer 8:

Der neue § 24k regelt, wie mit Gruppen von Kindern und Jugendlichen und ihren personenberechtigten Begleitpersonen umzugehen ist, die aus anderen Staaten im Land Brandenburg aufgenommen werden. Besteht eine ausreichende Personensorgeberechtigung, sind die Kinder und Jugendlichen keine unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländer.

Konkreter Anlass für die Regelung ist die Evakuierung von sogenannten Waisenhäusern aus der Ukraine infolge des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands.

Das SGB VIII regelt diesen speziellen Fall der Aufnahme ganzer geflüchteter Einrichtungen und Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe nicht explizit. Zwar lässt sich aus dem Sinn und Zweck der Regelungen des SGB VIII und aufgrund der Auslegung der vorhandenen Vorschriften ablesen, wie zu verfahren ist, zumal nach der UN-Kinderrechtskonvention, die in Deutschland Gesetzesrang besitzt, eine grundsätzliche Handlungsrichtung vorgegeben ist. Da aber in der Literatur auf die rechtlichen Unsicherheiten verwiesen wird, liegt es nahe, landesrechtlich diesen Unsicherheiten entgegen zu wirken. Da durch die Regelungen das Bundesrecht nur konkretisiert und nicht verschärft wird, ist – wie üblich im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung – eine Kompetenz des Landesgesetzgebers gegeben.

Hauptziele der neuen Norm sind, einerseits den Kindern und Jugendlichen, die zu diesen Gruppen gehören, ihre Beziehungsgeflechte zu erhalten und den Kinderschutz zu gewährleisten. Andererseits sollen die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe, die ganze evakuierte Gruppen von Kindern und Jugendliche in den Landkreis oder in die kreisfreie Stadt aufnehmen, nicht schlechter stehen, als wenn es sich um unbegleitete minderjährige Ausländerinnen und Ausländer handeln würde. Dies gilt auch hinsichtlich der damit verbundenen Kosten und Aufwendungen.

Absatz 1 stellt klar, welche Gruppen von Kindern und Jugendlichen mit personensorgeberechtigten Begleitpersonen erfasst werden. Die neue Regelung findet nur Anwendung, wenn es sich um Gruppen handelt, die nach dem jeweiligen Landesrecht als Einrichtungen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe gelten und den Charakter eines Angebots für Hilfen zur Erziehung aufweisen. Nach der UN-Kinderrechtskonvention ist es nicht allein maßgeblich, wie die Gruppen im Heimatstaat bezeichnet werden. Es ist das deutsche Rechtsverständnis maßgeblich zu berücksichtigen.

Die neue Regelung findet nur Anwendung, wenn es sich nicht um einen kurzzeitigen Aufenthalt handelt. Hiervon ist immer auszugehen, wenn Gruppen gemäß Satz 1 zum Beispiel nur in den Ferien oder auf der Durchreise im Land Brandenburg sind.

Darüber hinaus bestimmt Absatz 1 schließlich, welcher örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe örtlich zuständig ist. Es richtet sich nach dem tatsächlichen Aufenthaltsort der unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländer. Eine provisorische Zwischenunterbringung reicht hierfür. Die örtliche Zuständigkeit geht kraft Gesetzes auf einen anderen öffentlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe über, wenn eine Gruppe innerhalb des Landes umzieht.

Der Verweis auf § 24b Absatz 2 bis 5 und die §§ 24c bis 24h macht deutlich, dass auch eine Zuweisungsentscheidung des überörtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe möglich ist. Bei einem Zuständigkeitswechsel hat diese Zuweisungsentscheidung nur eine deklaratorische Wirkung.

Von großer Bedeutung ist, dass der jeweils zuständige örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe das Bestehen einer ausreichenden Personensorgeberechtigung im Blick behält. Absatz 2 regelt dies insbesondere für den Fall, dass die Begleitpersonen wechseln. Es besteht die Pflicht für die bisherigen personensorgeberechtigten Personen, einen solchen Wechsel unverzüglich dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe anzuzeigen. Der Verweis in Absatz 1 auf die §§ 24c bis 24h bedeutet zudem, dass aus Gründen des Kinderschutzes eine medizinische Untersuchung, zumindest bei der erstmaligen Aufnahme, durchzuführen ist.

Absatz 3 erleichtert die Unterbringung von Gruppen gemäß Absatz 1 Satz 1. Dies ist angezeigt, da es nicht „leerstehende“ erlaubnispflichtige Einrichtungen gemäß § 45 SGB VIII gibt, die ganze Gruppen von Kinder und Jugendliche mit ihren personensorgeberechtigten Begleitpersonen aufnehmen können, zumal diese Gruppen aus Gründen des Kindeswohls nicht getrennt werden sollen. Es wird daher eine Unterbringung auch außerhalb einer erlaubnispflichtigen Einrichtung gestattet. Allerdings ist es angezeigt, dass die jeweilige Unterbringung der Einrichtungsaufsicht bekannt ist und von ihr begleitet wird. Die Regelungen zur Abgabe von Meldungen gemäß § 47 SGB VIII sind einzuhalten. Darüber hinaus soll der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe gemäß § 8a SGB VIII eingreifen, wenn es zu einer Kindeswohlgefährdung kommt.

In Absatz 4 wird klargestellt, dass die aufgenommenen Kinder und Jugendlichen, die Gruppen nach Absatz 1 Satz 1 angehören, auf die landesweite Verteilung von unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländern angerechnet werden. Es ist bereits Ziel der Regelungen des SGB VIII, die Träger der öffentlichen Jugendhilfe möglichst gleichmäßig zu belasten. Es darf nicht zu einer Überlastung von einzelnen örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe kommen, weil sie bereit sind, ganze evakuierte Gruppen von Kindern und Jugendlichen in ihren Zuständigkeitsbereich aufzunehmen. Es ist vielmehr zu honorieren und zu unterstützen.

Entsprechend bestimmt Absatz 5, dass der überörtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Kosten für die Unterbringung der Kinder und Jugendlichen und ihrer Begleitpersonen trägt. Allerdings sind andere Erstattungsansprüche vorrangig zu berücksichtigen, insbesondere solche, für die auch EU- und Bundesmittel oder anderer Rechtsträger zur Verfügung stehen. Ist nicht absehbar, dass solche Erstattungsansprüche bestehen, richtet sich das Abrechnungsverfahren nach der Praxis für unbegleitete minderjährige Ausländerinnen und Ausländer. Die weiteren Voraussetzungen gemäß § 89 d SGB VIII müssen jedoch nicht erfüllt sein, da es sich in § 24k um eine landesspezifisch konkretisierte Anspruchsgrundlage handelt.

Schließlich bestimmt Absatz 6, dass die mit der Aufnahme von Gruppen gemäß Absatz 1 Satz 1 verbundenen Mehrbelastungen der Landeskreise und kreisfreien Städte wie Mehrbelastungen durch die Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländer durch das Land auszugleichen sind. Der Ausgleich erfolgt durch die UmA-Mehrbelastungsausgleichsverordnung.

Zu Nummer 9:

Die Vorschriften der §§ 25a und 25b werden aufgrund des Zeitablaufs aufgehoben.

Zu Artikel 5 (Änderung der Kindertagesstätten-Betriebskosten- und Nachweisverordnung):

Zu Nummer 1:

Zu Buchstabe a:

Es handelt sich um eine Folgeanpassung durch die Änderung der §§ 17a bis 17c KitaG im Zusammenhang mit der Ausweitung der Beitragsfreiheit auf Kinder im vorletzten Kita-Jahr vor der Einschulung zum 1. August 2023 beziehungsweise auf alle Eltern von Kindern im Kindergartenalter zum 1. August 2024.

Zu Buchstabe b:

Es handelt sich um eine Übergangsregelung. Die Meldung dieser Kinderzahlen ist erforderlich, um eine Überzahlungen bei den Pauschalen nach § 56 Absatz 1 und § 17b Absatz 1 KitaG zu vermeiden.

Zu Nummer 2:

Zu Buchstabe a:

Zu Doppelbuchstabe aa:

Es handelt sich um eine Folgeanpassung durch die Änderung der §§ 17a bis 17c KitaG im Zusammenhang mit der Ausweitung der Beitragsfreiheit auf Kinder im vorletzten Kita-Jahr vor der Einschulung zum 1. August 2023 beziehungsweise auf alle Eltern von Kindern im Kindergartenalter zum 1. August 2024.

Zu Doppelbuchstabe bb:

Es handelt sich um eine Folgeänderung wegen der Änderung des § 17c Absatz 3 KitaG. Die Meldung dieser Kinderzahlen ist erforderlich, um eine Überzahlungen bei den Pauschalen nach § 61 Absatz 1 und § 17c Absatz 1 KitaG zu vermeiden.

Zu Buchstabe b:

Es handelt sich um eine Folgeanpassung durch die Änderung der §§ 17a bis 17c KitaG im Zusammenhang mit der Ausweitung der Beitragsfreiheit auf Kinder im vorletzten Kita-Jahr vor der Einschulung zum 1. August 2023 beziehungsweise auf alle Eltern von Kindern im Kindergartenalter zum 1. August 2024.

Zu Buchstabe c:

Es handelt sich um eine Folgeanpassung durch die Änderung der §§ 17a bis 17c KitaG im Zusammenhang mit der Beitragsfreiheit für Kinder im vorletzten Kita-Jahr

vor der Einschulung. Die Bestimmung der Kinder im vorletzten Kita-Jahr vor der Einschulung ist an die Formulierung des bisherigen Absatz 5 angelehnt. Bezugszeitpunkt für die Bestimmung des Folgejahres ist wie beim bisherigen Absatz 5 das jeweils aktuelle Jahr.

Zu Artikel 6 (Änderung der Kita-Personalverordnung):

Aufgrund der nach wie vor andauernden Auswirkungen des Ukraine Krieges, werden die Übergangsfristen für den Einsatz von ukrainischen Kräften in der Kindertagesbetreuung sowie der Dispositionsspielraum der Einrichtungsträger hinsichtlich des notwendigen pädagogischen Personals um ein Jahr verlängert.

Zu Artikel 7 (Inkrafttreten, Außerkrafttreten):

Zu Absatz 1:

Nach Absatz 1 wird die Ausweitung der Beitragsfreiheit auf Kinder im vorletzten Kita-Jahr vor der Einschulung zum 1. August 2023 sowie auf alle Eltern von Kindern im Kindergartenalter zum 1. August 2024 eingeführt. Die KitaBBV, die seit dem Inkrafttreten der Regelungen zum Brandenburg-Paket zum 1. Januar 2023 keine Wirkung mehr entfaltet, kann zum 1. August 2023 aufgehoben werden.

Zu Absatz 2:

Die Anpassung an die OVG Rechtsprechung, die Anpassungen aufgrund des veränderten Bundesrechts zum Einrichtungsbegriff sowie die übrigen Änderungen hinsichtlich der UmA treten am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Zu Absatz 3:

Absatz 3 regelt das Inkrafttreten des zweiten Schritts der Verbesserung der Personalbemessung im Krippenbereich von 1:4,65 auf 1:4,25.

Zu Absatz 4:

Der dritte Schritt der Verbesserung der Personalbemessung im Krippenbereich von 1:4,25 auf 1: 4 erfolgt zum 1. August 2025.